

heit begrüßen zu können. (Erneutes Bravo!) Ich entnehme aus Ihrem Bescheid, daß Sie damit einverstanden sind.

Es folgt die Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Auf Vorschlag von Leopold-Zeig werden gewählt: Linchen Bau- mann-Hamburg, Fischer-Hannover, Brunert-Chemnitz, Leid-Berlin, Lippold-Eisenach, Stubbe-Hamburg, Vogel-Nürnberg, Wittich-Frankfurt a. M., Vogt-München.

In die Beschwerdekommission werden auf Vorschlag von Antrid-Braunschweig gewählt: Bartels-Wernigerode, Recour-Kiel, Donaldis-Königsberg, Mann-Berlin, Frau Poetjch-Leipzig, Rieder-Köln, Nieme-Dresden, Stöckinger-Pforzheim, Stolten-Hamburg.

Es werden nun die Anträge zur Tagesordnung des Parteitagcs erledigt. Der Antrag 1 wird bis zur Verhandlung der Anträge über die Tagesordnung des nächsten Parteitagcs zurückgestellt, da der Antragsteller erklärte, daß der Antrag sich erst auf den nächsten Parteitag beziehe. Ebenso wird mit dem Antrag 2 verfahren. Zum Antrag 3 bemerkt

Vorsitzender Diez: Das Bureau hat die Absicht, Ihnen eine kleine Aenderung der Tagesordnung vorzuschlagen. Es soll erst der Geschäftsbericht des Parteivorstandes entgegengenommen werden. Wenn die beiden Berichte erstattet sind, dann sollen die dazu gestellten Anträge zur Diskussion gelangen. Nachdem diese geschlossen ist, werden die Kontrolleure ihren Bericht erstatten. Sie können ihn auch vor der Diskussion erstatten. (Lebhafte Zustimmung.) Nun soll die Budgetbewilligungsfrage, die jetzt unter 1c steht, zu werden, also zwischen 2 und 3 eingeschoben werden. An das Referat Bebel's anschließend, würden sämtliche Anträge, die zur Budgetbewilligung gestellt sind, es sind jetzt schon sechs eingedruckte Folioseiten, zur Diskussion gestellt werden. Dann käme der parlamentarische Bericht und so weiter. Weitere Aenderungen hat Ihnen das Bureau nicht vorzuschlagen.

Der Vorsitzende stellt die Unterstützungsfrage: Antrag 8 wird nicht genügend unterstützt.

Vorsitzender Diez teilt noch mit, daß zum Punkt 8 „Internationaler Kongreß“ an Stelle des erkrankten Genossen Singer Richard Fischer referieren wird. Dem Vorschlage, die nächste Sitzung morgen 9 Uhr früh abzuhalten und von 9 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr zu tagen, stimmt der Parteitag ebenfalls zu.

Sachse: Sie haben bereits Teilergebnisse der Knappschaftswahlen in den Zeitungen gelesen. Ich würde hier darüber nichts mitteilen, wenn nicht unsere Gegner diese Wahl als Probe zur nächsten Reichstagswahl proklamieren hätten. Es haben sich die Jesen mit den Christlichen, Evangelischen und mit einer gelben Richtung, dem evangelischen Bund, vereinigt, um den Bergarbeiterverband niederzurufen. Die Knappschaftskasse hat mehr als 350 000 Mitglieder; gewählt werden 419 Arbeitervertreter, die Knappschaftsältesten. Wir haben seit Juli den Vorstand so ziemlich besetzt, die große Mehrheit hatte bisher der Verband. Dagegen haben sich alle Gegner verbündet, um überhaupt die Sozialdemokratie aus Westfalen zu vertreiben. Bei den nächsten Reichstagswahlen sollte kein sozialdemokratischer Abgeordneter mehr gewählt werden. Das Resultat, es fehlen von den 419 nur noch zwei Sprengel, ist: Gelbe sind 7 gewählt mit 5380 Stimmen. Die Polen erhielten 29 Vertreter und 22 000 Stimmen. Die Christlichen (das ist eben der Mißmachsch, dessen beste Agitatoren die Jesenbeamten waren) erhielten 53 000 Stimmen und 82 Vertreter. Der Bergarbeiterverband, der vernichtet werden sollte, erhielt

209 Vertreter, auf die 98 000 Stimmen entfielen. (Lebhafte Beifall und Gändestatschen.)

Vorsitzender Diez: Bevor ich die Sitzung schlicke, mache ich darauf aufmerksam, daß Nichtdelegierte keinen Zutritt in den Saal haben. Wenn wir heute abend nichts dazu gesagt haben und uns sogar darüber freuen, daß der eine oder andere Delegierte seine Frau mitgebracht hat (Heiterkeit), so war das nur eine Ausnahme.

Die Sitzung wird geschlossen. Die Sänger tragen den Chor: „Es geht ein Naunen“ vor und werden mit reichem Beifall gelohnt.

Schluß 9 Uhr.

## Erster Verhandlungstag.

Montag, den 19. September 1910. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender Diez eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und bringt zunächst die eingelaufenen Begrüßungsschreiben zur Kenntnis. Unter anderem folgendes Telegramm: Die französische sozialistische Partei bedauert lebhaft, sich nicht vertreten lassen zu können. Sie grüßt die versammelten deutschen Genossen und ruft mit ihnen: Es lebe die internationale Arbeiter-solidarität. Mit Beifall wird ein Dachtgruß einer von 20 000 Teilnehmern besuchten Wahlrechtskundgebung in Amsterdarn aufgenommen.

Vorsitzender Diez begrüßt die Vertreter der ausländischen Bruderparteien, zunächst den alten Korkämpfer Julius Wachtelich, der in Vertretung der Sozialdemokratie Nordamerikas erschienen ist. An Stelle des Genossen Seliger ist für die deutsche sozialdemokratische Partei Oesterreichs und den deutschen Klub der österreichischen Parlamentarier Genosse Schramm erschienen. Genosse Ludwig Dredtschneider-Wien vertritt die niederösterreichische Landesorganisation, Löwegreen-Malmö die schwedische Partei, Genosse Wik Finnland. Unser alter Genosse Löwenstein-Nürnberg, der gestern hier eingetroffen war, mußte infolge heftiger Erkrankung wieder abreisen.

Schramm: Im Namen der deutsch-österreichischen Partei und des deutschen Klubs im sozialdemokratischen Verband im österreichischen Reichsrat begrüße ich Sie herzlich und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. Seien Sie versichert, daß wir Ihren Beratungen und Beschlüssen die größte Aufmerksamkeit widmen, und daß wir mit Liebe und Treue zu jeder Zeit an Ihrer Seite kämpfen. Sie haben große Kämpfe hinter sich und wir in Oesterreich, wo die Partei durch schwere Kämpfe groß und mächtig geworden ist, haben mit besonderer Freude und Bewunderung Ihre gewaltigen Demonstrationen verfolgt. Sie haben aber noch größere Kämpfe vor sich, aber wir sind überzeugt, daß Sie diese siegreich bestehen werden. Eine Partei, die so mächtige politische Organisationen hat, in denen Millionen von Klassenbewußten Arbeitern stehen, die jederzeit zum Kampfe bereit sind, eine Partei, die eine so ausgezeichnete Presse besitzt, die täglich Millionen von Arbeitern den freien Geist in die Gehirne pflanzt, eine Partei, die über ein solches Heer von begeisterten Vertrauensmännern verfügt und die bereit sind, alles zu opfern, um die Rechte des arbeitenden Volkes zu erringen, eine solche Partei wird und muß siegen. Sie werden, wenn Sie weiter so vorwärtsstreiten

wie bisher, all die unerhörte Gewalttätigkeit der herrschenden Klassen brechen und es wird das Recht des Volkes in Deutschland zum Siege gelangen! (Lebhafte Beifall.)

**Schmeral:** Gestatten Sie auch mir, daß ich im Namen der tschechischen Partei Ihren Parteitag begrüße. Wir Tschechen sind schon seit Jahren regelmäßig Gäste Ihrer Kongresse. Es sind nicht nur Gründe der parteienöffentlichen Höflichkeit, die uns zu Euch führen. Die große deutsche Partei ist seit Jahren ein Vorbild, eine Hochschule für die tschechische Sozialdemokratie und mit Spannung verfolgen jedes Jahr unsere tschechischen Arbeiter Ihre Beratungen und Beschlüsse, um aus ihnen zu lernen und um aus Ihrem Kampfe Begeisterung und Zubericht für den Erfolg ihrer eigenen Arbeit zu schöpfen. Wenn Sie einen tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter nach dem anderen fragen könnten, welche Persönlichkeit der Internationale trotz ihrer Größe ihm am nächsten steht, welche ihm am teuersten und liebsten ist, wen die tschechischen Arbeiter am meisten schätzen und verehren, so würde man in 99 von 100 Fällen den Namen hören: August Bebel. (Beifall.)

Ich sage das nicht, um das persönliche Verhältnis hervorzuheben, das die tschechischen Arbeiter voll Vertrauen in die Nähe des großen Führers bringt, sondern ich erkläre das, um den Geist anzudeuten, der die tschechische sozialdemokratische Arbeiterbewegung beseelt. Große Schwierigkeiten und Sorgen erwachsen einer Partei in einem Staate wie Oesterreich, besonders in einer Zeit, wo in diesem merkwürdigen Staate mit seinen vielen Nationen nach der Wahlreform alles in Fluß ist. Große Sorgen und Schwierigkeiten sind für die sozialdemokratische Partei in einer Nation, die durch Jahrhunderte hart unterdrückt noch jetzt für manche ihrer Lebensbedürfnisse einen gerechten Kampf führen muß, denn gerade hier entsteht für die Partei die Gefahr des nationalen Chauvinismus. Die tschechische Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß sie aufhören würde, eine sozialdemokratische Partei zu sein, wenn sie vergesse würde, daß eine ihrer wichtigsten Pflichten ist, den nationalen Chauvinismus, den „kleinbürgerlichen“ nationalen Chauvinismus innerhalb der eigenen Nation aufs leidenschaftlichste zu bekämpfen. Die tschechische Sozialdemokratie ist eine proletarische Partei, sie ist eine Massenpartei, eine internationale Arbeiterpartei und eine internationale Klassenpartei der Arbeiter will sie auch immer bleiben. Das verspreche ich hier, das ist unsere selbstverständliche Pflicht. Es ist aber zugleich der höchste Stolz unseres Lebens, und wir können keinen größeren Schmerz uns denken, als wenn über unsere guten Absichten und über unsere prinzipielle sozialdemokratische Verlässlichkeit Zweifel entstehen könnten. Auch in unserem inneren Parteileben sind verschiedene Bestrebungen vorhanden, mit denen sich auch die Parteien des Auslandes befaßt haben, auch der letzte Kongreß in Kopenhagen. Jeder hat das Recht, seinen Standpunkt in einer Sache, die ein historisches Faktum gewesen ist, festzuhalten. Aber ich will bei dieser Gelegenheit versichern, daß diese verschiedenen Richtungen nur aus einer verschiedenen Beurteilung der praktischen Bedürfnisse des Organisationslebens entstanden sind, daß sie nicht aus dem Geiste des nationalen Chauvinismus des überspannten Nationalismus entstanden sind, einem Geiste, der das Gegenteil des sozialistischen Geistes sein würde. Bei gutem Willen, an dem es bei uns nicht fehlen wird, werden die bestehenden Schwierigkeiten in naher Zeit wieder ausgeglichen werden. Die proletarische Struktur unserer Partei, die ganze Vergangenheit der tschechischen Arbeiterbewegung soll Ihnen eine Gewähr dafür sein, daß wir nicht mit bösem Willen, mit unsozialistischem Empfinden handeln. Wir wollen mit der größten Mühe dabei tätig sein, wieder volles Einverständnis zu er-

zielen. Verzeihen Sie, daß ich diese Gelegenheit benutze, diese Erklärung und diese Bitte vorzutragen. Im Namen der tschechischen Partei wünsche ich Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafte Beifall.)

**Stauning:** Als Vorsitzender der dänischen Sozialdemokratie bringe ich den deutschen Parteigenossen unsere herzlichsten Grüße und unseren Dank für die so bedeutsame Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie für die Sache der Arbeiter. In unserem kleinen Lande folgen wir selbstverständlich mit großem Interesse jeder Bewegung der deutschen Bruderpartei. Wir haben von den heftigen Kämpfen Kenntnis genommen, die Ihr habt ausfechten müssen, und von den harten Verfolgungen der Vorkämpfer unserer Sache. Aber wir haben auch mit wachsender Freude den guten Fortgang der deutschen Arbeiterorganisationen, die immer steigende Stimmenzahl bei den Wahlen und den wachsenden Einfluß unserer deutschen Parteigenossen bemerkt. Mit Euch freuen wir uns über jeden Fortschritt unserer Ideen und wir sind stolz darauf, daß wir vor 27 Jahren Eurem Parteitage Obdach in Kopenhagen geben konnten. (Bravo!) Das war die Zeit, als die Machthaber in Eurem Lande mähten, den Sozialismus aus Eurem Lande verdrängen zu können. Aber weder in Eurem Lande noch in irgend einem anderen ist es möglich, den Sozialismus auszuschließen und hierfür liefert uns der große Internationale Kongreß, der vor kurzem in Dänemark abgehalten wurde, ein unwiderlegliches Zeugnis. Dieser Kongreß hat den internationalen Siegesgedanken der sozialistischen Gesellschaftsauffassung gezeigt und hat uns in dem Glauben an die Möglichkeit bekräftigt, die Arbeiter überall zu sammeln, um gemeinschaftlich ihre Interessen zu vertreten und ihre Feinde zu bekämpfen. Indem ich Euch die Grüße meiner Partei überbringe, wünsche ich Euch Glück zu Eurer Arbeit auf diesem Parteitage, zum Besten der Arbeiterklasse, zur Förderung unserer großen Sache, des Sozialismus. (Lebhafte Beifall.)

**Kospuit:** Werte Parteigenossen! Es ist mir eine große Ehre, im Namen der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und im Auftrage meines Parteivorstandes Ihren Kongreß herzlich zu begrüßen. Wir in Holland haben schwere Kämpfe zu führen gegen das herrschende System, denn die Niederlande werden seit einigen Jahren verwaltet durch eine Sippe von Deuten, die sich Christen nennen, aber doch nur eingefleischte Reaktionsäre sind; und ihre politischen Gegner, die Liberalen, sind um kein Haar besser. (Sehr richtig!) Der Regierungsblok, die Regierungsmajorität bei uns in Holland, ist schwarz; und es ist alles schwarz in Holland, wohin wir schauen. Auch wir haben seit Jahren unseren Kampf um das allgemeine Wahlrecht zu führen, und wir sind dabei angewiesen auf unsere eigenen proletarischen Kräfte. Sie haben gehört, wie gestern in Amsterdam eine Massenversammlung von 20 000 Arbeitern für das allgemeine Wahlrecht demonstriert hat. (Bravo!) Es ist gestern viel gesprochen worden von deutschen Kaiserworten. Wenn ich mich recht besinne, hat der deutsche Kaiser auch einmal das Wort ausgesprochen: Deutschland in der Welt voran. Nun, Parteigenossen, für unsere holländischen Arbeiter und Sozialdemokraten ging Deutschland seit vielen Jahren in der Welt voran, in bezug auf seine Sozialdemokratie, seine vorbildliche politische und gewerkschaftliche Organisation, in bezug auf seine prinzipienfeste Politik und Taktik. (Sehr gut!) Parteigenossen! Sie haben auf diesem Kongreß folgenschwere Entscheidungen zu treffen. Wir wissen das, aber wir wissen auch, daß die deutsche Sozialdemokratie kräftig, ruhig und gefestigt genug ist, auch die schwersten Entscheidungen zu treffen, ohne daß dabei die proletarische Einheit geschädigt wird. Hoch über uns, Parteigenossen, steht die Sache des kämpfenden Proletariats. Nur im Kampfe und

durch Kampf können wir siegen, in unserem Klassenkampf gibt es kein Rückwärts mehr, sondern nur noch ein Vorwärts. (Sehr gut!) Wir hoffen und erwarten, daß Ihre Arbeit zum Wohle des deutschen Proletariats und zum Wohle der internationalen Sozialdemokratie gereichen soll, denn mehr wie je sind wir jetzt auf die internationale Zusammenarbeit des Proletariats aller Länder angewiesen. Es lebe die Internationale, es lebe die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Bravo!)

Sehr herzlich (mit lebhaftem Beifall begrüßt) überbringt in englischer Sprache die Grüße der Labour Party, Medner, dessen Ausführungen von Lebebour ins Deutsche übersetzt werden, sagt:

Die Labour Party ist eine proletarische Bewegung, bestehend aus Sozialisten und Gewerkschaftlern, sie zählt gegenwärtig 1½ Millionen Mitglieder und hat 40 Abgeordnete im englischen Unterhaus. Ich komme mir hier gewissermaßen vor, wie der jüngste Sohn einer großen Familie, denn die englische sozialistische Bewegung steht zu der deutschen etwa im Verhältnis wie der Sohn zum Vater. Alle großen Namen des Sozialismus sind deutsch: Lassalle, Marx, Engels, Liebknecht, Bebel; sie alle sind bekannt überall in der ganzen Welt als die führenden Geister der Bewegung. Ich komme hierher, um dahin zu wirken, daß noch engere brüderliche Beziehungen zwischen den englischen und den deutschen Sozialisten sich entwickeln. (Bravo!) Um so mehr halten wir das für notwendig in dieser Zeit, da auf beiden Seiten des Ozeans Vertreter der Kriegsinteressen bemüht sind, die beiden Völker gegeneinanderzuheizen. Wir beabsichtigen demnächst eine Delegation nach Deutschland zu schicken, um den Friedenswunsch der englischen Arbeiter in Deutschland zu verkünden, und wir hoffen, daß bald auch von der deutschen Sozialdemokratie eine Vertretung mit gleicher Absicht England besuchen wird.

Lassen Sie mich noch einige Worte hinzufügen über unsere Stellung zu den Seeeräubungen. Die Labour Party hat sich immer jeder Vermehrung der Seeeräubungen widersetzt, sie hat sich auch dafür ins Zeug gelegt, daß das Seebeuterecht, diese legalisierte Seeeräuberei abgeschafft wird, in der Ueberzeugung, daß dann die enormen Geldausgaben für die Marine in allen Ländern ganz gewaltig herabgemindert werden. Wir arbeiten für die Verminderung der Rüstungen im Hinblick auf ihre endgültige Beseitigung überhaupt. Die englischen und die deutschen Arbeiterorganisationen bilden an sich schon eine Macht, die vereint instande ist, alle Dreadnaughts in der Welt lahmzulegen. (Bravo!)

In England hat die wachsende Feindschaft der herrschenden Massen gegen die Arbeiterbewegung dazu geführt, daß man zunächst versucht hat, durch Gerichtsurteile die Trade Unions in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu hemmen. Aber diese Versuche der herrschenden Massen sind vollständig gescheitert, und jetzt versuchen sie mit Hilfe der Gerichte, die Labour Party, also die parlamentarische Vertretung der Sozialisten und der Gewerkschaftler, zu schädigen. Durch Gerichtsurteil soll den Gewerkschaften verboten werden, Gelder zu politischen Zwecken auszugeben. Auch dieser Versuch wird und muß scheitern, dieser nichtswürdige Versuch kann nur die eine Wirkung haben, die sich jetzt schon zeigt, nämlich daß der Geist der Rebellion in den Arbeitermassen Englands erweckt wird. Verlaßt Euch darauf, noch bevor ein Jahr vergangen ist, werden die Kämpfe sich so entwickelt haben, daß die Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung im Gefängnis sind, daß Streiks überall emporlodern, und daß der Geist des Sozialismus weiter und weiter unter den englischen Arbeitern Macht gewinnt. (Bravo!) Ich bringe der deutschen Sozialdemokratie die brüderlichen Grüße der Labour Party. Mögen Ihre Verhandlungen einen gezeißlichen Verlauf nehmen. (Lebhafte Beifall.)

**Waltheim** (mit lebhaftem Beifall empfangen): Genossen! Sie werden von mir keine längere Rede erwarten und noch viel weniger wünschen. Die Beteiligung Auswärtiger an den nationalen Parteikongressen ist ja doch in der Hauptsache eine Form, wenn auch eine schöne Form; denn dadurch wird der brüderliche Geist äußerlich dargestellt. Aber die Hauptsache ist und bleibt, daß der brüderliche Geist in uns lebt und daß wir ihn betätigen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben in Amerika die Möglichkeit gehabt, Euch seinerzeit zu helfen, als das Gesetz gegen die gemeinnützigen Bestrebungen der Sozialdemokratie (Zurufe: Gemeingefährlich! Keilerteit!), ich weiß ganz genau, was ich sage! (Weiterkeit.) Ich hoffe, die Genossen werden mir zutrauen, genügend unterrichtet zu sein über dieses Ausnahmegesetz, um mich nach der Richtung hin nicht zu irren. (Sehr richtig!) Wir haben also damals Gelegenheit gehabt, Euch in bescheidenem Maße zu helfen, und Ihr habt dazu jetzt Gelegenheit gehabt und habt sie ergriffen. Dafür danke ich im Namen meiner amerikanischen Genossen. Ich vermeide es, eine Schilderung unserer Verhältnisse zu geben, weil Ihr in Eurem Kreise einige sehr tüchtige Kenner amerikanischer Verhältnisse habt und weil es uns doch nicht an Leuten fehlt, die bereit sind, das Notwendige zu tun, um gegenseitig Klarheit zu verbreiten. Nur das eine will ich sagen: bei den 20 bis 30 Sprachen, mit denen wir zu kämpfen haben, beziehentlich mit denen wir rechnen müssen, ist es für uns schwerer als für Euch, eine so große Bewegung in vergleichsweise so kurzer Zeit zu schaffen, wie Euch das gelungen ist. Wir gehen langsam vorwärts, viel zu langsam für unsere Wünsche, aber wir marschieren, und die Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist derart, daß sie mit aller Gewalt dazu drängt, daß endlich die alten nationalen und wirtschaftlichen Vorurteile schwinden, die heute in der Tat noch die große Masse des Volkes dort brühen beherrschen. Wir Deutschen haben die sozialistische Bewegung in Amerika aufgebracht mit dem bewußten Streben, sie zu einer nationalen zu machen, und das ist uns gelungen. Die Bewegung ist jetzt in Amerika eine nationale, derart, daß das deutsche Element auf die Seite gedrängt worden ist, um so mehr, als sich ein Streben geltend machte innerhalb der Partei, die Organisation zu zentralisieren und zu einer englisch redenden zu machen. Von diesen Irrtümern ist man endlich auf dem letzten Kongreß in Chicago abgekommen. Man hat den sprachlichen Gruppen eine gewisse Selbstständigkeit eingeräumt, und dies wird dazu führen, daß auch das deutsche Element mehr zur Geltung kommt als in den letzten Jahrzehnten. Früher, vor dreißig Jahren, hat man vom Sozialismus in Amerika als von einer fremden Pflanze gesprochen, die in diesem herrlichen, angeblich freien Lande, wo jeder Arbeiter, wie die napoleonischen Soldaten den Marschallstab im Tornister trugen, die Anwartschaft hatte, Millionär zu werden, und selbst unser berühmter Landsmann Karl Schurz hat sich so gedankenlos geäußert. Aber diese Zeiten sind vorüber. Jetzt wird auch in der bürgerlichen Welt der Sozialismus nicht mehr eine fremde Pflanze genannt, jetzt sind die Zeitungen und Revuen erfüllt von Besprechungen sozialistischer Ideen und Probleme. Dazu kommt die ökonomische Entwicklung, und es kann nicht fehlen, daß einst der Tag kommt, wo auch Nordamerika eine entsprechende, seiner ganzen Art nach bedeutende Rolle in der internationalen sozialistischen Bewegung spielen wird. Vorläufig aber schauen wir wie alle Völker auf Deutschland. Vorläufig bedürfen wir des Anschauungsunterrichtes, den Ihr uns gegeben habt und den zu geben Ihr in Zukunft berufen seid, Genossen. Was ich da sage, hat einen sehr, sehr ersten Hintergrund. Unser herzlichster Wunsch, unser sehnsüchtigstes Verlangen ist, daß dieser Parteitag die Einheit unserer großen deutschen Partei unangetastet lasse, daß diese

deutsche Sozialdemokratie auch in Zukunft so groß dastehet, so vorbildlich erscheine, wie sie bisher erschienen ist, und in diesem Sinne grüße ich Euch im Namen der nordamerikanischen Genossen. (Lebhafter Beifall und Handklatzchen.)

Vorsitzender Dies: Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein und beginnen mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes.

Hannovers-Berlin erstattet den Geschäftsbericht. Nach dem eingehenden, Ihnen in gedruckter Form vorliegenden Vorstandsbericht ist mir die Aufgabe außerordentlich erleichtert. Ich werde mich daher auf das Notwendigste beschränken. Nach dem letzten Parteitage wurde verschiedentlich in der Presse die Kritik laut, daß die Anträge, die von den Parteigenossen zum Parteitag gestellt werden, nicht die genügende Beachtung finden. Es wurde behauptet, man nehme nicht die Rücksicht auf sie, die sie verdienen. Sie würden am Schlusse der Verhandlungen in einer Art erledigt, die nicht immer mit den Interessen und der Würde der Partei in Einklang zu bringen wäre. In der Praxis spielte sich die Sache so ab, daß bei jedem Antrage ein Vorstandsmitglied aufstehe, auf die Tribüne steige und erfrage, den betreffenden Antrag der Parteileitung zur Berücksichtigung zu überweisen, wenn nicht die Ablehnung gefordert würde. Diese Kritik hätte vielleicht eine Art Berechtigung, wenn mit der Ueberweisung der Anträge an die Parteileitung, wie man sich früher ausdrückte, eine Art vornehmer Begräbnis dieser Anträge herbeigeführt würde. Das ist aber nicht zutreffend. Auch die Anträge, die zur Berücksichtigung oder zur Erwürdigung dem Parteivorstand überwiesen werden, werden sehr eingehend in den Vorstandssitzungen behandelt. Es wird sorgfältig geprüft, ob der Kern, der in den Anträgen enthalten ist, sich zur Förderung der Organisation und der Agitation eignet. Ist das der Fall, so werden selbstverständlich diese Anregungen auch in die Praxis umgesetzt. Andernfalls verfallen sie natürlich der Ablehnung. Alle einschlägigen Fragen werden vom Parteivorstand eingehend auf ihre Brauchbarkeit geprüft. So ist es auch mit den Anträgen geschehen, die der vorige Parteitag der Parteileitung überwiesen hat. Unsere heutige Tagesordnung beweist schon, wie ungerecht der Vortwurf derjenigen ist, die behaupten, daß die Ueberweisung der Anträge an den Vorstand das Begraben sein bedeutet. Daß die Genossenschaftsfrage auf der Tagesordnung des diesjährigen Parteitags steht, ist der schlagendste Gegenbeweis. Freilich hat auch andererseits der Antrag, die Steuerpolitik auf die diesjährige Tagesordnung zu setzen, die Zustimmung der zuständigen Instanzen nicht gefunden. Wir sind der Meinung, daß in diesem und auch im nächsten Jahre der Parteitag dringendere Aufgaben zu erledigen hat. Inzwischen ist ja auch noch kurz vor der Eröffnung des diesjährigen Parteitags ein Handbuch über die Reichsfinanzreform erschienen, das eine außerordentliche Fülle von Material bietet, so daß jeder Vorstudien über die Steuerpolitik machen kann. Die Steuerpolitik kann dann auf die Tagesordnung eines nach den nächsten Reichstagswahlen stattfindenden Parteitages gesetzt und in der zweckmäßigsten und gründlichsten Weise erörtert werden.

Der Antrag, ein Abendblatt des „Vorwärts“ erscheinen zu lassen, ist eingehend geprüft worden. Die Beratungen des Parteivorstandes und der Leuzenener Berliner Instanzen haben dazu geführt, daß die Berliner Parteigenossen selbst in der Einsicht gekommen sind, von der Verwirklichung dieses Antrages vorläufig abzusehen. Ein anderer Antrag forderte ein Adressenverzeichnis, in dem neben den Adressen, die wir schon haben, noch die Verzeichnisse, die Adressen der Organisationsleiter usw. angegeben werden sollten. Diesen Antrag haben wir durch die herausgegebenen Materialien, die die Adressen der Bezirksleitung, der Parteifreizeiter usw. aufweisen, als

erledigt angesehen. Es wurde dann weiter gefordert, daß eine eigene literarische Abteilung dem Parteivorstand angegliedert werden sollte, deren besondere Aufgabe es sein sollte, eine Ausgestaltung der Flugblätter, die Einrichtung einer Zentralregistraratur usw. herbeizuführen. Der Parteivorstand ist dieser Frage in eingehenden Beratungen nähergetreten. Es sind Verhandlungen mit unseren Organisationsleitern und Pressevertretern in Rheinland und Westfalen geführt worden. Sie liefen darauf hinaus, daß vorläufig, speziell im Rheinland, zur Bearbeitung der Zentrumspolitik ein betriebsmäßiges Bureau eingerichtet werden sollte. Es sollte bereits am 1. Januar nächsten Jahres in Tätigkeit treten. Durch unvorhergesehene Schwierigkeiten, die in der Sache selbst und in den Persönlichkeiten liegen, ist es nicht möglich, den Termin innezuhalten. Die Frage wird aber weiter verfolgt. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die Sache zur Verwirklichung kommt.

Den Anträgen auf gründliche Vorbereitung der Reichsversicherungs-gesetze ist eingehend Rechnung getragen worden. Es sind Sachverständige aus allen Ecken des Reiches nach Berlin berufen worden, Sachverständige aus den Arbeiterorganisationen, die sich mit der Frage des Versicherungswesens eingehend bisher schon berufsmäßig zu beschäftigen hatten. Die Anregungen der Sachverständigenkommission sind nachher von dem engeren Ausschuss, der eingesetzt worden ist, in Verbindung mit den Mitgliedern unserer Reichstagsfraktion durchgearbeitet worden. Es ist hier ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet worden. Wir haben im schriftlichen Bericht unsere Anerkennung der Tätigkeit dieser Genossen ausgesprochen, und ich wiederhole diese Anerkennung an dieser Stelle.

Weiter hat der Leipziger Parteitag bekanntlich den Beschluß über den Schnapsbottich gefaßt, der den Schnapsbrennern außerordentlich unangenehm geworden ist. Zu unserer großen Freude ist eine weitgehende Einschränkung des Schnapskonsums, die Folge des Leipziger Beschlusses, festzustellen gewesen. Wir haben uns aber gegenüber den Anträgen jener Parteigenossen, die sich zur völligen Abstinenz aller geistigen Getränke durchgerungen haben, und die von der Parteileitung viel weitergehende Maßnahmen verlangten, als sie dem Leipziger Entschluß entsprachen, abwehrend verhalten. Wir können uns nicht auf den Weg drängen lassen, die Abstinenzfrage zu einer Parteifrage machen zu lassen, wir können die Abstinenzfrage nur als eine Erziehungsfrage ansehen und behandeln, indem wir durch fortwährende Belehrung und Aufklärung der Arbeitermassen dazu beitragen, daß die Enthaltensamkeit von alkoholischen Getränken immer größere Anerkennung findet und wenn damit schließlich völlige Abstinenz erreicht wird, so wird die Parteileitung das ebenfalls mit großer Freude begrüßen.

Was den Ausbau der Organisation anlangt, so kann ich mitteilen, daß, nachdem wir uns in Jena eine festgegliederte Organisation gegeben haben, jetzt von den 397 Reichstagswahlkreisen 381 mit der Parteileitung im innigen Kontakt stehen. Nur mit 2 Kreisen sind organisatorische Beziehungen nicht vorhanden und sie werden sich wohl auch einstweilen nur auf die einzelnen zerstreut dort wohnenden Parteigenossen erstrecken. In den Begrüßungsreden ist schon auf die hohe Zahl derer, die heute in unseren Wahlbereichen organisiert sind, hingewiesen worden. Wir haben gegenwärtig rund 720 000 eingeschriebene Mitglieder in sozialdemokratischen Wahlvereinen, das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 87 000, woran die weiblichen Mitglieder mit 20 000 beteiligt sind. Betrachten wir den Prozentsatz unserer Mitgliederzahl in den Bezirken zur Zahl der sozialdemokratischen Wählerstimmen, so haben wir eine Etate, die von 4,84 im Elsaß bis zu 38,29 im Hamburger dritten Wahlkreis läuft. Das ist gewiß eine organisatorische Arbeit von großer Bedeutung, aber es weist auch darauf hin, was noch zu leisten ist. Die Soblieder auf dem

guten Ausbau unserer Organisationen in den Begrüßungsreden werden uns also nicht dazu verleiten, nun etwa die Hände in den Schoß zu legen und die Entwicklung der Dinge ruhig abzuwarten, nein, wir wissen, welche außerordentliche organisatorische und agitatorische Tätigkeit wir noch zu leisten haben. Unsere Partei, deren Endziel die Beseitigung der auf Privatbesitz an den Produktionsmitteln beruhenden bürgerlichen Gesellschaft ist, muß die Organisation so ausbauen, daß sie die absolute Mehrheit der Wähler in der Mehrheit der Wahlkreise als Mitglieder besitzt. (Sehr richtig!) Dann ist unsere Organisation erst unüberwindlich. Es ist noch ein gewaltiges Stück Arbeit, aber es muß geleistet werden. Eine wesentliche Etappe vorwärts in der Ausbreitung unserer Bewegung hat uns die Entwicklung der Jugendorganisationen gebracht. Das Wort: Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft, erfüllt uns mit stolzer Hoffnung.

Wir haben bereits in 360 Orten Jugendausschüsse und in 314 Orten Bildungsausschüsse, die alle zum Ziele haben, die Jugend zu tüchtigen Sozialdemokraten zu erziehen. In 100 Orten bestehen Kinderkommissionen. Um die Agitation planmäßig und mit Unterstützung und im Einverständnis mit den Genossen im Lande durchzuführen, werden entsprechend früheren Anregungen der Genossen in umfangreichem Maße Konferenzen abgehalten mit den Bezirksleitungen, den Landesvorständen, anderweit mit den Parteisekretären und Redakteuren. Dazu kommen die Konferenzen der Geschäftsleitungen unserer Druckorte, die noch dahin eine Erweiterung erfahren werden, daß in Zukunft einem Wunsche der in unseren Offizinen beschäftigten Arbeiter Rechnung getragen wird, mit zu beratenden Verhandlungen herangezogen zu werden. Die Form, in der dem Wunsche der Beschäftigten Rechnung getragen werden soll, ist noch eine offene.

Wir haben im Januar dieses Jahres eine Konferenz der Landesvorstände und der Bezirksleitungen abgehalten, auf der die vielumstrittene, in bestimmten Parteikreisen mit außerordentlicher Wärme erörterte Frage der Einberufung einer Frauenkonferenz gelegentlich des diesjährigen Parteitages erörtert wurde. Es war einmütig die Auffassung vorhanden, die Konferenz auf ein Jahr zu vertagen. Weiter haben wir über den Ausbau der Jugendbewegung beraten; es werden ja, wie es die Natur solcher Konferenzen ergibt, nicht majorisierende Beschlüsse dort gefaßt, sondern es wird versucht, möglichst ein einmütiges Einverständnis aller Teilnehmer zu erzielen. Ein solches Einverständnis ist auch erzielt in der Frage der Ausdehnung der Organisation der Land- und Waldarbeiter und auf die Binnenschiffer.

Um ein einigermaßen annäherndes Bild über das zu geben, was in bezug auf die Jugendaufklärung getan ist, teile ich mit, daß an Flugblättern, die sich an die Eltern der proletarischen Jugend wandten, 500 000 verbreitet sind, daß ein Liederbuch, getragen vom Geiste unserer Ideen, in 30 000 Exemplaren verbreitet ist, und daß Broschüren über den Jugendschutz und zur Ausklärung über die bürgerliche Jugendbewegung in hervorragendem Maße verbreitet sind. Für die von den Genossen sonst noch betriebene rastlose agitatorische Tätigkeit einige Belege. Abgehalten wurden 29 828 Mitglieder-Versammlungen, denen sich 13 814 öffentliche Versammlungen anreiheten; Sie sehen also, in wie überwiegendem Maße die sozialdemokratische Partei in Deutschland der Träger des öffentlichen politischen Lebens ist. (Sehr richtig!) Verbreitet wurden 23 162 000 Flugblätter und 2 545 000 Broschüren und Agitationskalender. Wenn Sie diese Zahlen hören, werden Sie begreifen, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie außerordentlich in die Welle gerät, weil seine Schundliteratur auch nicht annähernd die Verbreitung finden kann wie die sozialdemokratische Aufklärungsliteratur, die durch die

freiwillige Tätigkeit der Parteimitglieder verbreitet wird. Der Reichsverband klagt in den beweglichsten Tönen darüber, daß er unter Umständen nicht einmal unterscheiden kann, ob nicht die mit dem Austragen seiner Flugblätter beauftragten Personen Sozialdemokraten sind, die die Arbeit nicht in seinem Sinne verrichten (Heiterkeit), und er führt darauf die geringen Erfolge zurück. Beherrscht wurde die Agitation im verflossenen Jahre hauptsächlich durch Veranstaltungen gegen den Entwurf der Reichsversicherungsbildung, durch die Wahlrechtsbewegung und durch die Wahlbewegungen bei den Nachwahlen zum Reichstag und den Landtagswahlen in Meiningen, Baden, Sachsen, Hamburg, Lübeck, Berlin, Sachsen-Altenburg, Weimar und Württemberg. Ueberall war ein siegreicher Vormarsch der Partei zu verzeichnen. In Baden gewann sie 20 Sitze, davon die Hälfte in der Stichwahl durch das Wahlbündnis mit den Liberalen. In Sachsen fielen uns 25 Mandate zu, trotz des durch die famose Wahlrechtsreform geschaffenen Vierklassenwahlrechts, in Meiningen eroberten wir zu unseren 7 Sitzen 2 neue, in Altenburg 4 neue zu den jeitherigen 3 Sitzen; von den 4 lassierten Berliner Mandaten wurden 3 mit erhöhten Wahlmännerziffern zurückerobert, während das vierte in Moabit verloren ging. Die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten stieg im Berichtsjahre von 140 auf 186, die sich auf 19 Bundesstaaten verteilen.

Bei den allgemeinen Nachwahlen zum Reichstag kam die Erbitterung der Wähler über die Reichspolitik drastisch zum Ausdruck. Während die bürgerlichen Parteien 49 800 Stimmen einbüßten, gewannen wir 26 337 Stimmen gegen die Wahlen von 1907 in den betreffenden Kreisen. Von den 8 bei den Nachwahlen eroberten Mandaten war eines von uns zu verteidigen, ein anderes hatten wir 1907 verloren und 6 neue sind gewonnen worden. Die Wirkungen der famosen Reichsfinanzreform, das Steigen aller Lebensmittelpreise, insbesondere der Fleischpreise, der Uebermut agrarischer Rassisten, das Verlangen jeder freigeistlichen Wahlreform in Preußen hat die Unzufriedenheit weit über den Parteirahmen der Sozialdemokratie hinaus in die weiten Schichten der Bevölkerung getragen, die nun in einem Nachzuwachs unserer Partei zum Ausdruck kommt. Die Partei muß alle Kräfte anspannen, um in dem kommenden, vor uns liegenden Geschäftsjahr alle Vorbereitungen zu treffen, um die erfolgreiche Ausnutzung der uns günstigen politischen und wirtschaftlichen Situation zu sichern.

Die intensive allgemeine Agitation, wie insbesondere die bei der Wahlrechtsbewegung und bei den Nachwahlen sowie auch bei den Landtagswahlen, kam der Parteipresse hervorragend zugute. Ueberall stiegen die Abonnentenziffern. Immer größere Volkskreise werden in den Mann unserer Ideen gezogen. Mit Genugtuung kann festgestellt werden: unsere Presse steht jetzt auf gesicherter Grundlage und ist ein festes Bollwerk und eine tüchtige Angriffswaffe im proletarischen Befreiungskampf. Von den 73 Tageszeitungen, über die wir verfügen, brauchen nur noch 26 von der Partei Subventionen und hauptsächlich solche, die in noch zu erschließenden Gebieten des Reiches erscheinen, die aber nicht vernachlässigt werden dürfen, sondern gerade aus diesem Grunde besonders bevorzugt werden müssen.

Den Wünschen der Genossen, die „Neue Welt“ auszugestalten, ist Rechnung getragen worden durch Einführung aktueller Illustrationen. Diese Neuerung ist freudig aufgenommen worden.

Der Versuch, die Genossen wöchentlich mit einem Wochblatt zu versorgen, hatte nicht den erhofften Erfolg. Der vom Genossen Ernst München übernommene „Postillon“, der abwechselnd mit dem „Wahren Jacob“ alle 14 Tage herausgegeben wurde, brachte es nicht auf die Höhe, die seine Erziehung materiell gesichert hätte. Wir haben deshalb am Schlusse des Berichtsjahres das Blatt

wieder eingehen lassen müssen. Die erforderlichen Zuschüsse rechtfertigten nicht das weitere Erscheinen des Blattes.

Um den agitatorisch und organisatorisch tätigen Genossen Anregung zur Vertiefung in die Wissensgebiete zu geben, erhalten die Organisationen eine Vereinsausgabe der „Neuen Zeit“ zum Preise von 14 Pfennigen zwecks Ausgabe an die Funktionäre der Partei.

Der Parteivorstand hat der Anregung, das Organ für blinde Genossen zu unterstützen, stattgegeben; es erscheint viermal jährlich und erfreut sich außerordentlicher Beliebtheit unter den Blinden. Sie sehen, wie selbst die, die ihr Leben in ewiger Nacht verbringen müssen, das Bedürfnis haben, von den befreitenden Ideen des Sozialismus geistig erhellt zu werden.

Der Anregung, die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“ auszugestalten, ist Rechnung getragen. Der Kreis derjenigen, die sich ihrer als Quellmaterial bedienen, vergrößert sich andauernd. Es laufen fortwährend Anträge beim Parteivorstand ein, weitere Exemplare abzugeben. Ich möchte jedoch hier darauf hinweisen, daß die „Parteikorrespondenz“ nur unentgeltlich, aber auch nur unter Verantwortung der Organisationen abgegeben wird. Anträge auf Lieferung, die nicht von vornherein die Besichtigung und Begutachtung der Organisationen haben, können deshalb nicht so ohne weiteres berücksichtigt werden.

Auch dem Ausbau des Pressebureaus wird unter ständiger Mitarbeit des Sekretärs dauernd die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Zeit und Uebung wird dabei die beste Lehrmeisterin sein. Wir hoffen, durch bereits geschaffene organisatorische Aenderungen die noch vorhandenen Schwierigkeiten beheben zu können.

Gößt erfreulich ist das Bestreben der Genossen, ihre agitatorische Tätigkeit dadurch zu erhöhen, daß sie unablässig danach trachten, ihr eigenes Bildungsniveau zu heben. Der Zentralbildungsausschuß hat in seiner Tätigkeit allenthalben Verständnis und Anteilnahme gefunden.

Es ist erstaunlich, wie die Genossen, die um ihren Lebensunterhalt hart kämpfen müssen, sich dabei noch der anstrengendsten Agitationsarbeit widmen, mit Lust und Hingebung an der Ausfüllung ihrer Bildungslücken arbeiten und große Opfer an Zeit und Geld dafür bringen. Zurzeit bestehen schon in 187 Orten Bildungsausschüsse, von diesen berichten 150 über die verwandten Mittel, die im Berichtsjahre die statische Summe von 500 000 Mk. ergeben haben. Vortragskurse wurden 272 abgehalten, die auf 139 Orte entfallen. Unterrichtskurse wurden in 12 Orten, der Zahl nach 18, abgehalten. Wissenschaftliche Einzelvorträge wurden in 202 Fällen in 132 Orten veranstaltet. In gleichem Maße finden die künstlerischen Veranstaltungen eine günstige Aufnahme. Dichterabende, Rezitationsabende, musikalische Veranstaltungen, künstlerische Feiern erzielen immer ausverkaufte Häuser. Die wissenschaftlichen Wanderkurse wurden von den Genossen Dunder, Kühle, Vordardt und Graf geleitet. Es wurden an 115 Orten 128 Kurse abgehalten, die sich aus 682 Vorträgen zusammenfügten. An ihnen nahmen 24 000 Personen teil, gegen 8900 im Vorjahre. Sie sehen daraus, in welchem gesteigerten Maße das durch unsere Anregungen gebckte Bedürfnis sich geltend macht. Um den finanzschwachen Kreisen ebenfalls die Veranstaltung von Wanderkursen zu ermöglichen, können sie, auf begründeten Antrag hin, von der Honorarzählung entbunden werden.

Die Parteischule hat im vierten Jahre ihre erfprieglische Tätigkeit entfaltet. In diesen vier Perioden sind 117 Schüler ausgebildet worden, die in reger agitatorischer Tätigkeit der Partei das vergelten, was sie ihnen mit der Bereicherung ihres Wissens Gutes getan hat.

Auch die von dem Frauenbureau geleitete Agitation unter den Frauen hat reichen Gewinn gebracht. Die Steigerung unserer Mitgliederzahl ist auch bei den Frauen um 20 000 in die Erscheinung getreten. Wir haben jetzt 82 642 Genossinnen, die als eingeschriebene Mitglieder der Partei angehören. Die Werbearbeit unter den Frauen wurde in 41 Agitationstouren geleitet. Der Abonnentenstand der „Gleichheit“ bedt sich fast vollständig mit der Zahl unserer weiblichen Mitglieder. Von tiefem sozialen Empfinden getragen sind die von den Genossinnen eingerichteten Kinderbeschulungskommissionen, die jetzt schon in 109 Orten ihre segensreiche Tätigkeit entfalten. Der Boden, der hier beadert wird, ist ein harter. Es sind viele Hindernisse zu überwinden, die vielfach in dem Unbestande der Angehörigen der Kinder ihre Ursache haben. Es ist keine leichte Aufgabe, da Wandel zu schaffen. Bezüglich der wesentlichen Unterstützung der Agitation durch die Buchhandlung „Vorwärts“ sowie durch unseren Stuttgarter Verlag verweise ich auf den gedruckten Bericht.

Der am 3. Januar d. J. einberufene preuhische Parteitag leitete erneut die Wahlrechtsbewegung ein. Kam für dieselbe auch hauptsächlich Preußen in Frage, so war sie doch auch für die meisten norddeutschen Bundesstaaten brennend geworden. Deshalb setzte die Bewegung auch in Mecklenburg, Braunschweig und in den Hansestädten mit Vehemenz ein. Die durch die Wahlbewegung hervorgerufene außerordentlich intensive Agitation hat es fertig gebracht, die Aufmerksamkeit jener anderen großen Organisationen, wie des Bundes der Landwirte, des Zentralverbandes der Industriellen und nicht zuletzt des Hanjabundes, wieder auf die sozialdemokratische Agitation zu lenken. Wir können sicher sein, daß alles, was irgendwie durch die Macht des Geldsacks und durch Korruption in der deutschen Politik geleistet werden kann, auch von diesen drei bürgerlichen Organisationen getan werden wird. Der Geschäftsführer des Zentralverbandes der deutschen Industriellen wies auf einer Generalversammlung dieses Verbandes darauf hin, daß sie gerüstet seien, ihre Kassen seien voll. Demgegenüber können wir die Sache ganz ruhig an uns heranlassen und föhl erklären: auch wir sind gerüstet! auch unsere Kassen sind gefüllt, wenn es notwendig ist, sie gebrauchen zu müssen. (Beifall.) Aber wir haben noch etwas anderes, worüber unsere Gegner nicht verfügen. Unsere Parteigenossen haben noch einen Idealismus und einen daraus entspringenden gesunden Opfermut, der die bei uns vorhandenen materiellen Mittel, das kann ich föhnllich behaupten, in zehnfache Potenz erhebt, so daß die bürgerlichen Parteien damit nicht in Konkurrenz treten können. (Beifall.)

Ich habe nun noch, ich möchte behaupten, die gebieterische Pflicht, darauf hinzuweisen, daß dem Parteivorstand wegen seines Verhaltens in der Wahlrechtsbewegung Vorwürfe gemacht worden sind, er habe, statt den Massen neue Mittel des Kampfes im Wahlrechtsstreit zu geben, die Bewegung dadurch zum Abflauen gebracht, daß er verhindert habe, Mittel, wie das des politischen Massenstreiks, zu erörtern. Um jeder Legendenbildung die Spitze abzutreden, erkläre ich, daß der Parteivorstand niemals eine solche Anweisung gegeben hat. Er hätte auch keine größere Dummheit begehen können, als eine solche Anregung zu geben. Denn dann hätte man doch die Stelle gehabt, auf die man alle Schuld, wenn man eine solche konstruieren will, abwälzen konnte. Die Parteifreie, die so leichtsin gegen den Vorstand Vorwürfe erhoben haben, er hätte die revolutionäre Energie der Masse nicht in die richtigen Bahnen geleitet, scheinen die Vorwürfe vergessen zu haben, die auf früheren Parteitag erhoben wurden. Sie gingen immer dahin, daß der Parteivorstand zu wenig Föhlung mit den Genossen nähme. Es hieß immer: er treffe seine Maßnahmen viel zu selbstherrlich, ohne die Genossen zu hören. Ich habe schon darauf hingewiesen, welche Konferenzen wir abhalten, um in steter Föhlung mit dem

Parteigenossen zu bleiben. Auch in der vorliegenden Frage haben wir so gehandelt. Der Parteivorstand, der in seiner Eigenschaft auch Mitglied der preussischen Landeskommission ist, hat in der Wahlrechtsbewegung alles, was er getan hat, im vollen Einverständnis mit den für diese Frage in Betracht kommenden Instanzen getan. Die Unkenrufe, die darauf hinausliefen, der Parteivorstand sei der Situation nicht gewachsen, konnten daher auch keine Resonanz in der Partei finden. Der Parteivorstand ist immer in enger Fühlung mit den betreffenden Instanzen geblieben. Dasselbe war der Fall, wenn es galt, Maßnahmen zu treffen, die die gesamte Arbeiterklasse berührten, und die über den Rahmen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen hinaus die gesamte Arbeiterschaft in Mitleidenschaft ziehen mußten, wenn sie den Effekt haben sollten, den man sich davon versprach. Wir haben mit den berufenen Instanzen Beratungen gepflogen über die Möglichkeit und Ausführbarkeit aller von uns geforderten Maßnahmen, und zwar mit den Instanzen, die die Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen tragen. Stets ist dabei Einmütigkeit erzielt worden. Damit hat der Parteivorstand recht getan. Die von ihm geübte Praxis hat auch zur Folge gehabt, daß die Klartrompeten unbeachtet geblieben sind. Der Parteivorstand hat in der kritischen Zeit der hochgespannten politischen Situation das getan, was er tun mußte; er wird auch künftighin seine Maßnahmen im Einverständnis mit den berufenen Instanzen treffen. Das ist bisher zum Nutzen der Partei geschehen und wird auch weiter zum Vorteil sein, wenn der Parteivorstand fortfährt, im Einverständnis mit den genannten Instanzen zum Wohle der Partei zu handeln. (Lebhafter Beifall.)

Ebert-Berlin berichtet über die Kasse und die Presse: Genosse Diez hat bereits gestern Abend mitgeteilt, daß unser Kollege Gerisch zu unserem größten Bedauern durch Erkrankung verhindert ist, den Kassenbericht vorzulegen. Es ist das erste Mal, daß Genosse Gerisch während seiner langjährigen Tätigkeit vom Parteitage ferngehalten wird. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich den Wunsch ausspreche, daß Genosse Gerisch recht bald wiederhergestellt sein möge und in alter Frische seine verantwortungsvolle Tätigkeit wieder aufnehmen kann. (Beifall.) Der schriftlich vorgelegte Kassenbericht ist nach jeder Richtung hin so erschöpfend, daß ich in der angenehmen Lage bin, mich recht kurz fassen zu können. Genosse Gerisch konnte den vorjährigen Abschluß als einen besonders guten bezeichnen; von dem diesjährigen Abschluß kann das leider nicht gesagt werden. Die Mindereinnahme unserer Kasse beträgt rund 170 000 Mk. und die Mehrausgabe gegen das Vorjahr 194 000 Mk. Das ist gewiß nicht erfreulich, aber zu besonderen Besorgnissen liegt deshalb kein Anlaß vor, denn unser Finanzgebaren wird seiner ganzen Natur nach immer erheblichen Schwankungen ausgesetzt sein. Die Einnahmen waren im vergangenen Jahre auf Grund einer Reihe von zufälligen Umständen außerordentlich hoch. So waren zum Beispiel zwei Parteibezirke, die für den Stand unserer Finanzen von großer Bedeutung sind, und die in der Regel weit über ihren Pflichtbeitrag hinaus der Zentralkasse Zuwendungen machen, in diesem Jahre nicht in der Lage, einen so hohen Beitrag abzuführen zu können wie im vergangenen Jahre. Dazu kommt, daß infolge der verschiedenen Landtagswahlen und besonders der Wahlrechtskämpfe unsere Parteiorganisationen im Lande finanziell stark in Anspruch genommen worden sind. Es ist weiter zu beachten, daß zum Beispiel unsere Einnahmen aus dem Konto „Norddeutsche Wasserkanäle“, „A V B“ im vergangenen Jahre um 74 000 Mk. höher waren als in diesem Jahre. Und die Spannung in unserem Darlehnskonto, die vergangenes Jahr 35 000 Mk. betrug, beziffert sich in diesem Jahre auf 100 000 Mk. An das Darlehnskonto knüpfen ja unsere Gegner immer an und versuchen daraus Vorwürfe gegen die Partei abzu-

setzen. Ich will deshalb auch hier noch einmal ausdrücklich erklären, daß unter dem Darlehnskonto nur Kosten laufen, die Parteioorganisationen zu besonders wichtigen Aktionen, oder aber unseren Parteiunternehmungen bei Erweiterung der Betriebe gegeben werden. Da unsere Parteipresse erfreulicherweise gerade in dem letzten Jahre einen außerordentlichen Fortschritt gemacht hat und daher vielfach zu Betriebserweiterungen geschritten werden mußte, sind natürlich auch die Ausgaben des Darlehnskonto erheblich gestiegen. Im ganzen aber handelt es sich hier um Erscheinungen, die höchstwahrscheinlich bei dem nächstjährigen Kassenabschluß schon wieder ausgeglichen werden können. Mit der Steigerung unserer Ausgaben werden wir allerdings fortwährend rechnen müssen. Der Kampf muß heute auf allen Gebieten mit großer Intensität geführt werden; er stellt uns fortgesetzt vor neue Aufgaben und das bedingt natürlich erhöhte Anforderungen an die Zentralkasse. Es muß daher unseren Parteioorganisationen im Lande immer und immer wieder zur Pflicht gemacht werden, ihre Beiträge an die Zentralkasse pünktlich und gewissenhaft abzuführen. Es ist ja nach der Richtung hin schon eine wesentliche Besserung eingetreten, insbesondere seit Schaffung unserer Neuorganisation in Jena. Während im Jahre 1906 170 Wahlkreisorganisationen Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben, waren es im letzten Jahre 335 (Strabo), und eine größere Anzahl von Kreisen hat sich noch nachträglich auf seine Pflicht besonnen. Bei all dieser erfreulichen Entwicklung darf aber nicht verkannt werden, daß es sich bei der Abführung der Beiträge in der Regel nur um Pflichtbeiträge, d. h. um die Mindestbeiträge handelt. Leider stehen die Dinge heute noch so, daß die Beiträge der Parteioorganisationen an die Zentralkasse auch nicht annähernd die Gesamtausgaben decken. Die Einnahmen aus Beiträgen der Organisationen betragen nur die Hälfte unserer gesamten Einnahmen, die Zentralkasse ist also nach wie vor immer noch in hohem Maße auf besondere Zuwendungen angewiesen. Deshalb müssen die Parteiuorganisationen und, wie ich besonders hervorheben möchte, auch unsere Parteiunternehmungen dringend gebeten werden, nach dem Beispiel unserer Hamburger und Berliner Genossen, soweit wie möglich der Zentralkasse über die Pflichtbeiträge hinaus finanzielle Zuwendungen zu machen.

Unter diesen Umständen müssen wir dringend bitten, eine Aenderung an der erst im vorigen Jahre vorgenommenen Regelung der Beitragsabführung an die Zentralkasse nicht vorzunehmen. Wir wissen wohl, daß in einigen mittleren Wahlkreisen, die mit ganz besonders gelagerten Verhältnissen zu rechnen haben, es bei der Beitragsabführung an die Zentralkasse zu geringen Schwierigkeiten gekommen ist. Der Parteivorstand war aber sofort bereit, diese Schwierigkeiten auszugleichen und ich glaube sicher sagen zu dürfen, daß auch der künftige Parteivorstand so verfahren wird. Es liegt deshalb um so weniger Anlaß zur Aenderung der erst im vergangenen Jahre beschlossenen Regelung vor. Hier muß noch weitere Erfahrung abgewartet werden und sollten sich wirklich größere Schwierigkeiten ergeben, dann, glaube ich, wird der Parteivorstand selbst keinen Augenblick zögern, eine Aenderung dieser Bestimmung zu veranlassen.

Es ist mehrfach der Wunsch geäußert worden, daß wir neben den zahlenmäßigen Angaben über den Mitgliederstand unserer Parteioorganisation auch ein Bild über die Finanzgebarung der Organisationen geben sollen. Die Berichterstattung der Wahlkreisleitungen an die Zentrale hat sich nur langsam eingelebt, insbesondere unsere Kassierer, die ja in der Regel sehr zuverlässige Leute sind, haben sich nach der Richtung hin ziemlich zurückhaltend gezeigt. Aber es muß gesagt werden, daß nicht allein die Berichte über die Organisationsverhältnisse heute befriedigen, sondern auch bei der Berichter-

erhaltung über das Massenwesen der einzelnen Organisationen eine wesentliche Besserung eingetreten ist. 340 Wahlkreisorganisationen haben uns in diesem Jahre Massenberichte eingeschickt und wenn wir die Zuschüsse der Zentralkasse an die Wahlkreise und die Beiträge, die die Wahlkreise an die Zentrale abführten, außer Acht lassen, denn darüber gibt ja unserer Bericht Auskunft, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Diese 340 Wahlkreise hatten im letzten Geschäftsjahr eine Einnahme von 3 852 852 Mark. Unter diesen Einnahmen befinden sich u. a. an Beiträgen der männlichen Mitglieder 2 285 203 Mark, Beiträge der weiblichen Mitglieder 98 506 Mk. Außerordentliche Einnahmen 875 150 Mk. und Zuschüsse von den Bezirks- und Landesorganisationen 63 723 Mk. Die Ausgaben dieser 340 Wahlkreisorganisationen betragen 2 746 022 Mk. und zwar befinden sich darunter u. a.: Gemeindevahlen 58 827 Mk., Landtagswahl 129 000 Mk., Reichstagswahlen 52 155 Mk., allgemeine Agitations- und Bildungszwecke 637 439 Mk., Strafen- und Prozesskosten 36 854 Mark, Zuschüsse an die Bezirks- und Landesorganisationen 445 044 Mk. und sachliche und persönliche Verwaltungskosten 327 205 Mk. Am Schlusse des Geschäftsjahres hatten diese 340 Wahlkreisorganisationen einen Massenbestand von 480 048 Mark. Dazu kommen noch 112 367 Mark als Bestand der Landes- und Bezirkskassen. Ich glaube, daß diese Zahlen zusammen mit dem Bericht der Zentralkasse dazum, daß überall im ganzen Lande unsere Organisationen nicht allein äußerlich erstarkt, sondern auch innerlich finanziell getränkt worden sind.

Nun noch einige Worte zum Bericht über den Stand der Parteipresse. Im Laufe des letzten Geschäftsjahres ist nur ein Parteiblatt eingegangen, das dreimal wöchentlich erscheinende „Offenburger Volksblatt“; dagegen sind mehrere neue Blätter erschienen, so die „Neue Donau-post“ in Regensburg und das „Bayerische Wochenblatt“ in München. Die Partei besitzt heute 78 Tageszeitungen, außerdem erscheinen 2 Blätter dreimal wöchentlich, eins zweimal und eins einmal wöchentlich. Hierzu kommt noch die alle 14 Tage erscheinende „Gleichheit“. Zusammen also 78 Parteiblätter. In den letzten Jahren hat unsere Parteipresse und ihre Entwicklung unter den Wirkungen der wirtschaftlichen Krisis sehr zu leiden gehabt. Im Jahre 1908 hatten wir in einer ganzen Anzahl von Bezirken Verluste an Abonnenten zu verzeichnen, die nur ausgeglichen werden konnten durch den Gewinn in anderen Bezirken. Die Zunahme der Abonnenten im Jahre 1908 betrug daher nur 11 582. Im Vorjahre hatten wir sogar einen Verlust von 19 791 Abonnenten. Das letzte Jahr zeigt dagegen einen recht erfreulichen Fortschritt. Nur 3 Zeitungen haben einen geringen Verlust von Abonnenten aufzuweisen, alle übrigen haben zum Teil sehr erhebliche Zunahme an Abonnenten zu verzeichnen. Wir hatten im Jahre 1909 1 041 498 Abonnenten, am Schlusse 1910 1 160 016. Das ist eine Zunahme von 118 518 Abonnenten. (Bravo!) Die Einnahme aus Abonnements ist im letzten Jahre um 259 000 Mk. gestiegen und die Einnahme aus Inseraten um 616 000 Mk. Wir haben also, außer der schon von Pfannkuch hervorgehobenen, sehr erfreulichen Zunahme von Mitgliedern unserer Parteiorganisation in Höhe von rund 86 000, auch einen Gewinn an Abonnenten von 118 518 zu verzeichnen. Das zeugt von fleißiger und erfolgreicher Parteiarbeit, wofür der rastlosen und mühevollen Kleinarbeit unserer Parteiorganisationen besonders Anerkennung gezollt werden muß. Selbstverständlich ist bei der Zunahme unserer Abonnentenzahl auch die Gunst der politischen Verhältnisse mit in Betracht zu ziehen. Durch die Steuerausplünderung und vor allem infolge der Wahlrechtskämpfe sind Scharen von Proletariern, die uns bisher gleichgültig oder gar feindselig gegenübergestanden haben, unseren Organisa-

tionen zugeführt worden und unserer Parteipresse ist der Eingang erleichtert worden in die Hütten von Hunderttausenden von Proletariern. Wenn wir uns dieser Erfolge erfreuen können, so dürfen wir aber nicht vergessen, daß immer noch weite Schichten des Proletariats uns fremd gegenüberstehen, die für unsere Organisation, für unsere Sache gewonnen werden können, bei rastloser und treuer Parteiarbeit. Deshalb muß es angeht, der großen und bevorstehenden Kämpfe unserer Parteigenossen zur Pflicht gemacht werden, insbesondere im bevorstehenden Winter alle Kraft einzusetzen, um unsere Organisationen noch mehr als bisher auszubreiten, innerlich zu festigen und unserer Parteipresse möglichst weitgehende Verbreitung zu sichern. Wenn wir in dieser Hinsicht alle unsere Schuldigkeit tun, können wir frohen Mutes der Zukunft entgegensehen, dann werden wir uns nicht nur vorbereiten für die kommenden Reichstagswahlen, es wird auch künftigen Parteitagungen berichtet werden können über gleiche Erfolge, die Etappen sind in unserem Vormarsch zu unserem großen Ziele (Lebhafter Beifall.)

#### Den Bericht der Kontrollkommission erstattet

Haben: Trotz der Änderungen des Parteistatus auf dem Leipziger Parteitag, wodurch ein großer Teil der Arbeiten der Kontrollkommission anderen Instanzen überwiesen worden sind, muß ich doch einige Zeit Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, da eine Anzahl älterer Sachen noch durch die Kontrollkommission zu erledigen waren. So stellte eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins Schweidnitz den Antrag, den Genossen Reinhold Seidel aus dem Wahlverein wegen schwerer verleumderischer Beleidigungen von Parteigenossen auszuschließen. Das eingesetzte Schiedsgericht konnte in dem Verhalten Seidels, der seine beleidigenden Äußerungen in der Sitzung des Schiedsgerichts zum Teil zurücknahm, weder einen Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch eine ehrlöse Handlung nach § 2 des alten Organisationsstatus erblicken und lehnte daher den Antrag auf Ausschluß einstimmig ab. Die Kontrollkommission trat den Gründen des Schiedsgerichts bei und wies die Berufung zurück.

Dem Genossen Adolf Stasch-Wreslau wurden Handlungen zur Last gelegt, welche eines Parteigenossen unwürdig sind. Auf einen Beschluß der Breslauer Parteigenossen wurde ein Schiedsgericht eingesetzt. Die Untersuchung ergab zum Teil das Unhaltbare der Behauptungen und das Schiedsgericht lehnte daher den Ausschluß mit der Begründung ab, daß die vorgebrachten Beweismittel nicht ausreichten, jedoch erkannte das Schiedsgericht mit Rücksicht auf die Vorgänge, die zeitlich weit zurückliegen, den Genossen Stasch zur Beseitigung von Parteiämtern für ungeeignet. Durch die Bezugnahme auf jene Vorgänge fühlte sich Genosse Stasch zum Parteigenossen zweiter Klasse degradiert und forderte Wenderung des Urteils, da ein Schiedsgericht nicht die Kompetenz habe, Rügen zu erteilen. Die Kontrollkommission beschloß, der Berufung stattzugeben und den fraglichen Abschluß des Schiedsgerichts aufzuheben, da nach den Bestimmungen des Status vor der Wenderung durch den Leipziger Parteitag das Schiedsgericht seine Kompetenz überschritten.

Dem Genossen Paul Fiedler-Berlin wurde zur Last gelegt, wissentlich die Unwahrheit gesagt und dadurch die Genossen über seine Handlungen getäuscht, parteigenossische Mitglieder der freireligiösen Gemeinde Berlin des Betruges und der Unterschlagung bezichtigt, den Vorstand der Gemeinde bei der Behörde denunziert, in einer gegnerischen Zeitung die Einrichtungen der Partei verächtlich gemacht und in Versammlungen die Vertrauensmänner der Partei herabgewürdigt zu haben. Im sechsten Wahlkreis Berlin für diese Handlungen vor ein Schiedsgericht gestellt, konnte er den Beweis der Wahrheit nicht an-

bringen und wurde deshalb aus der Partei ausgeschlossen. Die Kontrollkommission konnte das Urteil der Schiedsgerichtskommission nur bestätigen und den Ausschluß aus der Partei für berechtigt erklären.

In dem Prozesse Kollwagen-Gottschling in Augsburg waren u. a. auch die Genossen Thiel, Greifenberg und Rebele als Zeugen geladen, welche unter Eid die Glaubwürdigkeit des Genossen Kollwagen bezweifelten, weshalb sie vor ein Schiedsgericht gestellt wurden; dieses erteilte den Genossen eine Rüge.

Der Genosse Rebele bestritt dem Schiedsgericht das Recht, Rügen zu erteilen, und rief deshalb die Kontrollkommission an, dieselbe müßte sich nach Verlesung der vorliegenden Akten dem Rekurs anschließen und hob das Urteil des Schiedsgerichts auf.

Der Genosse Knöfler in Gößnitz war Lagerhalter im dortigen Konsumverein und wurde 1906 aus seiner Stellung entlassen. Entlassen wurde auch eine Verkäuferin. Die Mutter der Letzteren und ein Angestellter des Konsumvereins haben sodann gegen die im Vorstande des Konsumvereins tätigen Genossen die Beschuldigung erhoben, sie hätten von Lieferanten Geschenke angenommen und zum Schaden des Konsumvereins mit den Lagerhaltern unter einer Decke gesteckt.

Der Vorstand klagte gegen die Urheber und Verbreiter dieser Beschuldigungen, welche den Beweis der Wahrheit nicht erbringen konnten, sondern sich auf das Zeugnis Knöflers beriefen. Knöfler war als Zeuge geladen, wurde aber nicht vernommen.

Knöfler wurde nun zum Vorwurf gemacht, sich als Zeuge angeboten zu haben, ja vielleicht sie zu den Verleumdungen angestiftet zu haben. Da die Verleumdungen führende Parteigenossen sind, wurde darin eine ehrlose Handlung erblickt und Knöfler vor ein Schiedsgericht gestellt, das aus den Verhandlungen die Ueberzeugung gewann, daß trotz hoher Wahrscheinlichkeit der strikte Beweis doch nicht erbracht sei dafür, daß Knöfler sich als Zeuge angeboten und zu den Beschuldigungen das Material geliefert habe. Das Gericht lehnte den Antrag auf Ausschluß aus der Partei ab.

Die Kontrollkommission trat diesem Urteil bei und wies die Berufung zurück.

In der Redaktion der „Gleichheit“ sollte eine Sekretärin ausbilsweise auf 6 Monate eingestellt werden, von der Redaktion wurde Genossin Gewehr in Vorschlag gebracht, gegen die jedoch verschiedene Anschuldigungen erhoben wurden, die den Parteivorstand veranlaßten, den Vorschlag abzulehnen. Gegen diese Entscheidung und ihre Begründung wurde Beschwerde bei der Kontrollkommission eingelegt. Die Kontrollkommission fand die gegen die Genossin Gewehr erhobenen Anschuldigungen nach gründlicher Prüfung für ungerichtet. Da aber die Angelegenheit praktisch vorläufig ihre Erledigung gefunden hatte, sah die Kontrollkommission davon ab, der Entscheidung des Parteivorstandes selbst entgegenzutreten.

Genosse Schröder-Witz wurde auf Antrag des Wahlvereins zu Witz und des Zentralvereins von Teltow-Beeskow-Charlottenburg wegen groben Verstoßes gegen § 2 des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen. Schröder weigerte sich, den Beschlüssen des Nürnberger Parteitagess nachzukommen und seine Zugehörigkeit zu dem anarcho-sozialistischen syndikalistischen Metallarbeiterverband aufzugeben. Gegen dieses Urteil legte Schröder bei der Kontrollkommission Berufung ein. Die Kontrollkommission beschloß, die Berufung zurückzuweisen und das Schiedsgerichtsurteil aufrecht zu erhalten. Die Tatsache, daß Schröder einer Organisation angehört, die im grundsätzlichen Gegensatz zur Partei steht und diese bewußt in der geschäftigsten Weise bekämpft,

erachtete die Kontrollkommission als hinreichend, den Ausschluß aus der Partei zu rechtfertigen.

1907 machte sich in Brauel eine Bewegung zugunsten der Lokalfisten geltend, die auch zu einer Versammlung führte. Genosse Schlisio, welcher seit drei Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Kreisorganisation war, wurde beschuldigt, das Haupt der Bewegung zu sein und deshalb von der Kreisversammlung aus der Partei ausgeschlossen. Ein Schiedsgericht lehnte seinen Ausschluß ab, es verneinte die Schuldsfragen und erteilte Schlisio nur in einem Punkt eine scharfe Rüge. Die Kreisorganisation legte gegen den Schiedspruch Berufung an die Kontrollkommission ein. Die Kontrollkommission hob das Urteil des Schiedsgerichts auf, da ein Verstoß gegen den § 27 des Organisationsstatuts vorlag, und wies die Angelegenheit zur erneuten Prüfung an das Schiedsgericht zurück.

Der Genosse Adolf Ged teilte in einem Schreiben der Kontrollkommission mit, daß auf dem letzten badischen Parteitag der Genosse Süßkind-Mannheim die Beschuldigung erhoben habe, „Ged habe seine Stellung als Mitglied der Kontrollkommission benutzt, um die badische Parteigenossenschaft zu schädigen“. Die Kontrollkommission erachtet diesen Vorwurf für gänzlich unbegründet, sieht aber davon ab, den Fall als eine Beschwerde zu erledigen, sie gibt dem Parteitag von der eingegangenen Zuschrift Kenntnis, um dem Genossen Ged die Möglichkeit zu verschaffen, eine Genugtuung zu erhalten. Zum Schluß habe ich noch zu erklären, daß die Kontrollkommission die ihr überwiesenen Revisionen sorgfältig vorgenommen und sowohl in Berlin als in Stuttgart alles in vortrefflicher Ordnung gefunden hat. Deshalb beantrage ich namens der Kontrollkommission, dem gesamten Parteivorstand Decharge zu erteilen. (Brauel)

Vorsitzender Dietz teilt mit, daß die in der gedruckten Vorlage unter Agitation verzeichneten Anträge 4 und 5 zur Presse und Literatur, der Antrag 7 zur Budgetfrage, der Antrag 17 gleichfalls zur Budgetfrage und der Antrag 14 unter die sonstigen Anträge gehört.

Von den zur Organisation gestellten Anträgen 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 18 werden nur die Anträge 6, 8, 11, 16 und 18, von den Anträgen 23 bis 27, die sich auf die Presse und Literatur beziehen, werden nur die Anträge 24, 25, 26, 27, 29, 30, 32, 33, 34 und außerdem noch die vorher erwähnten Anträge 4 und 5 unterstützt.

Zunächst werden nur die Anträge zur Organisation zur Debatte gestellt. Außerdem ist ein genügend unterstützter Antrag Wötter eingegangen, die Angelegenheit Ged-Süßkind der Beschwerdef Kommission zu überweisen.

Süßkind: Es ist schade, daß Kleinigkeiten hier auf dem Parteitag wieder das Präliminum spielen sollen. Ich meine, daß die Anpassungen, die ich dem Genossen Ged habe angebeihen lassen und deren Wahrheit ich auch beweisen werde, nicht auf den Parteitag gehören, schon deshalb, weil sonst aller möglicher Dreck hier bekannt würde. Ich befürworte deshalb die Ueberweisung an die Beschwerdef Kommission; dieser werde ich das Material zur Verfügung stellen.

Adolf Ged: Ich möchte Sie bitten, dem Antrage nicht stattzugeben. Wie Sie vom Vorsitzenden der Kontrollkommission gehört haben, ist an der gegen mich öffentlich erhobenen Anschuldigung kein wahres Wort. Die Kontrollkommission lehnt es einmütig ab, mir das Zeugnis auszustellen, ich hätte meine Stellung in der Kontrollkommission dazu benutzt, die badische Parteigenossenschaft zu schädigen. Nun sagt Süßkind, es schade sich nicht, derartige

„Kleinigkeiten“ vor dem Parteitag zu verhandeln; man müsse das hinter den Rücken einer Beschwerdekommission vornehmen. Ja, Parteigenossen, derjenige, der diese Anschulldigung gegen mich erhoben hat, und zwar öffentlich auf einem Parteitage der sozialdemokratischen Partei Wabens im letzten August, das war mein Genosse und Korredner Süßkind. Wenn er also diese Anschulldigungen als „Kleinigkeiten“ betrachtet, so hätte er als alter erfahrener Parteigenosse es vermeiden müssen, sie öffentlich auf einem Parteitag zu erheben (Sehr richtig!); er hätte aber damals, da er als Ankläger gegen mich auftrat, den Beweis gegen mich erbringen sollen und müssen, den er Ihnen jetzt erst durch Vermittelung einer Kommission vortragen will. Ich betrachte aber eine derartige Anschulldigung nicht als eine Kleinigkeit. Wenn man nun, ich weiß nicht wieviel Jahre schon, Mitglied der Kontrollkommission ist und nun nach so langer Zeit sich öffentlich einen derartigen Vorwurf gefallen lassen muß, so meine ich, sollte der Parteitag verlangen, daß die Tatsachen öffentlich dargelegt werden; ich habe nichts zu fürchten. Ich bitte Sie also, zu verlangen, daß Genosse Süßkind die Gründe, die ihn zu seinen schweren Anschulldigungen veranlaßt haben, in voller Öffentlichkeit vorbringe. (Zustimmung.)

Walter-Höcht: Es ist immer ein heißes Ding, wenn man auf einem Parteitag an die Aenderung eines kaum erst zustande gekommenen Organisationsstatuts herantreten will, und insbesondere ist es eine unangenehme Sache, wenn man an dem Grundpfeiler der Organisation, an dem Prinzip der Abführung der Beiträge, rütteln will. Der Antrag 6 beabsichtigt derartiges; es ist aber eine Ehrenpflicht der Partei, denjenigen Genossen gegenüber, die als Opfer der kapitalistischen Produktionsweise Invalidenrentner geworden sind und deshalb ihre Beiträge an die ihnen so lieb gewordene Organisation nicht mehr leisten können, doch die Möglichkeit zu geben, Parteimitglieder zu bleiben. Sie wissen, wie schwer es diesen Armen wird, mit ihren Betteispennigen, welche die Invalidenrente darstellt, auszukommen, um so weniger sind sie imstande, die immer größer werdenden Parteibeiträge abzuführen. Denken Sie sich in die Situation eines alten braven Parteigenossen, der 10 bis 20 Jahre im Vorderreihen gestanden hat und der durch Krankheit und Siechtum um den Verdienst gekommen ist und nun wegen Nichtzahlung der Beiträge seine Parteizugehörigkeit verliert. Es wird gewiß kein Prinzip durchbrochen, wenn wir den einzelnen Mitgliedschaften die Möglichkeit geben, durch organisatorische Bestimmungen Maßnahmen zu treffen, daß die invalid gewordenen Genossen gegen einen ganz geringen Kontrollbeitrag ihre Mitgliedschaft behalten können. Ich bitte deshalb, unseren Antrag anzunehmen.

Dittmann-Solingen: Ich möchte zu den Anträgen 11 und 16 sprechen. Es mag auf den ersten Blick erscheinen, als wenn es sich hier um eine rein geschäftliche und formale Angelegenheit handele; in Wirklichkeit aber ist dies nicht der Fall. Erinnern Sie sich an die Situation, als die Organisationen in diesem Jahre zum Parteitag Stellung nahmen. Ueberall hat man es auf das lebhafteste bedauert, daß der Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion noch nicht vorlagen. Man war nicht in der Lage, auf Grund des vom Parteivorstand und der Fraktion vorgelegten authentischen Materials eine eventuelle Kritik der Tätigkeit der Gesamtpartei und ihrer Vertretung im Reichstage vorzunehmen. Es fehlte die Grundlage für eine erfpriechliche Diskussion. Es ist irrig, anzunehmen, daß es genüge, wenn der Bericht so früh herauskommt, daß ihn die Delegierten vor dem Parteitag lesen können. Auch die Auftraggeber der Delegierten sollen sich schon mit den Dingen beschäftigt und den Delegierten eine bestimmte Richtungslinie gegeben haben.

Erst wenn das geschieht, haben wir die Garantie, daß mancher Antrag, der eine bessere Aufnahme verdient, als er sie derzeit findet, auch gewürdigt wird, was gegenwärtig nicht der Fall ist, weil es an der genügenden Prüfung und Diskussion dieser Anträge fehlt. Es liegt mir fern, dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie den Bericht so spät erscheinen ließen. Es ist alles getan worden, um den Bericht so früh wie möglich unterbreiten zu können. Wenn es trotzdem nicht möglich ist, den Bericht eher zu geben, so liegt das eben an der Bestimmung, die der Leipziger Parteitag getroffen hat, daß das Geschäftsjahr von Juli zu Juli läuft. Wenn aber das Geschäftsjahr um ein Quartal verlegt wird, auf den 1. April, dann kann diesem Uebelstande abgeholfen und den Genossen die Gelegenheit zur vorherigen Diskussion der Berichte vor dem Parteitage gegeben werden. Es wäre auch unrichtig, anzunehmen, daß, wenn die Berichte mit dem 1. April abgeschlossen würden, die Angaben wesentlich veraltet wären. Wer die internen Organisationsverhältnisse kennt, der weiß, daß nur sehr selten das zweite Vierteljahr der Partei besondere Fortschritte über den Stand des 1. April hinaus bringt. Es kommen ja doch auch jetzt die Angaben, die das Material für den Parteivorstand bilden, so zustande, daß von den Organisationen meist das Material, das bis zum 1. April vorlag, dem Vorstande unterbreitet wird. Diese Frage berührt übrigens alle Bezirke des Reiches gleichmäßig, und darum sollten die Genossen überall für eine Aenderung eintreten. Natürlich kann es sich nicht darum handeln, auch beim Reichstagsbericht mit dem 1. April abzubrechen; dieser muß selbstverständlich die ganze Session umfassen; aber es handelt sich um das Geschäftsjahr der Organisationen draußen im Lande, und es würde dann dem Parteivorstande auch möglich sein, seinen Bericht, den ich damit durchaus nicht kritisieren will, noch weit besser auszugestalten. Ich vermissen seit Jahren Mitteilungen über die gesamten Mittel, die die Partei aufgebracht und die sie verwendet hat. Wir erhalten nur Berichte über die Hauptkassen, wissen aber nicht, was in den einzelnen Wahlkreisen verinnahmt und wofür es im einzelnen verausgabt worden ist. (O b e r t: Ich habe ja Daten über die einzelnen Wahlkreise mitgeteilt.) Doch nur allgemeine Angaben. Wenn der Parteitag gemäß dem Antrage 11 beschließt, dann sind auch die Solinger Antragsteller bereit, dem zuzustimmen. Ich bitte aber, wenigstens den Antrag 16 anzunehmen, der wünscht, daß die Verlegung des Geschäftsjahres bei der nächsten Revision des Parteistatuts in Erwägung gezogen wird. Persönlich möchte ich noch den Wunsch ausdrücken, daß auch die Genossen aus den anderen Landesteilen auftreten und unser Verlangen aus ihrer Erfahrung unterstützen.

Genossin Gewehr-Eberfeld: Ich möchte den Antrag 8 begründen, der darauf hinausläuft, das Frauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes zu vereinigen. Die Genossen in Eberfeld-Barmen sind der Meinung, daß das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes die Verhältnisse so geändert hat, daß das Frauenbureau nicht mehr der Situation entspricht. Wir sind nicht etwa der Meinung, daß es überflüssig ist, im Gegenteil. Die Tätigkeit des Vorstandes und unserer Beauftragten wird immer umfangreicher und komplizierter. Um den neuen Anforderungen zu genügen und unerquickliche Diskussionen zu vermeiden, wie sie in der „Gleichheit“ darüber geführt wurden, ob eine Frauenkonferenz stattfinden soll oder nicht, soll das Tätigkeitsgebiet unserer Beauftragten genau abgegrenzt werden, damit alle Genossinnen Bescheid wissen, wozu die Frauen befugt sind oder nicht. Es wäre dies eigentlich die Aufgabe der Frauenkonferenz gewesen, die in diesem Jahre leider nicht stattfindet. Um eine Reorganisation des Frauenbureaus herbeizuführen, wenden wir uns nun an den Parteitag, gerade weil uns in nächster Zeit neue

Aufgaben bevorstehen. Wir wollen, daß der Parteivorstand und das Frauenbureau planmäßig vorgehen, damit die Agitation noch erfolgreicher gestaltet wird. Selbst wenn der Parteitag dem Antrag nicht zustimmen sollte, so sind wir doch schon zufrieden damit, daß durch die Besprechung dieses Antrages die Frage in Fluß gebracht wird. Die nächste Frauenkonferenz wird sich dann eingehend mit dieser Frage zu befassen haben.

**Reutkirch - Dreßlau:** Ich habe den Antrag 5 zu vertreten, der eine Agitationsbroschüre fordert. Es wird mir allerdings entgegengesetzt werden, daß wir bereits viele Agitationsbroschüren haben und doch ist unser Antrag notwendig.

**Vorsitzender Dietz:** Wir diskutieren jetzt nur über die Anträge zur Organisation.

**Hieger - Köln:** Ich habe den Antrag 18 über die Jugendorganisation zu begründen. Der Parteivorstand soll mit der Generalkommission der Gewerkschaften erörtern, ob es nicht angebracht ist, die Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Vertretern der freien Jugend zusammenzusetzen. Den Genossen, die an der Jugendkonferenz teilgenommen haben, ist der Antrag nicht neu. In Nürnberg wurde beschlossen, daß die Jugendausschüsse zu einem Drittel von der Partei, zu einem Drittel von den Gewerkschaften und zu einem Drittel von der freien Jugend bestimmt werden sollen. Die Jugendlichen stürmen nun aber darauf los. Sie glauben, daß sie zurückgesetzt sind und in einem 22gliedrigen Ausschuß, in dem sie vier Stimmen haben, immer majorisiert werden. Gewiß, die Jugend soll geführt werden, aber sie soll nicht wissen, daß sie geführt wird, denn wenn den vier Stimmen der Jugendlichen aber 8 andere gegenüberstehen, so glauben sie nicht mehr, daß sie geführt werden. Sie wollen sich ihre Rechte nicht verringern lassen. Wir wissen, daß in dieser Frage erst die Meinung der Gewerkschaften eingeholt werden muß. Wir verlangen also auch nur, daß der Parteivorstand im Interesse der jugendlichen Bewegung das Nötige tut, damit den gedauerten Wünschen Rechnung getragen wird. Es gibt schon einzelne Orte, wo die Wünsche der Jugendlichen erfüllt sind. Also kann man das auch anderswo tun. Man sollte den Jugendlichen die Hälfte der Stimmen geben. Wenn die Jugendlichen einen Fehler machen sollten, so ist immer noch die Möglichkeit da, das wieder gutzumachen.

**Treu - Nürnberg:** Ich möchte mich zunächst gegen den Antrag 6 wenden. Danach soll für invalide Parteimitglieder eine besondere Beitragsklasse geschaffen werden, von der Prozente an die Zentralkasse nicht abzuliefern wären. Ich halte die Durchführung dieses Antrages in größeren Orten, wo man die einzelnen Mitglieder nur durch die Kassierer kennt, für äußerst schwierig. Die Sache kann auch viel einfacher gemacht werden. (Sehr richtig!) Die Zahl der invaliden Mitglieder dürfte keine besonders große in den einzelnen Wahlkreisen sein und es wäre das einfachste, wenn die Organisation für solche invalide Mitglieder den Beitrag aus der Parteikasse bezahlt. (Sehr richtig!) Ebenso möchte ich mich gegen den Antrag Bremen wenden, der schon wieder das Geschäftsjahr verlegen will. Man sollte doch die jetzige Organisationsform sich erst einmal einleben lassen und nicht immer daran herumdoktern. Ich kann nicht glauben, daß es nicht möglich sein soll, die Berichte und Abrechnungen an den Parteivorstand rechtzeitig abzuliefern, es kommt nur darauf an, daß die richtigen Vorbereitungen und Einrichtungen getroffen werden. (Sehr richtig!) In einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen, die weitverzweigt sind, geht es heute ganz gut mit der Ablieferung der Abrechnungen und Berichte. Ich bitte Sie also dringend, diese Anträge abzulehnen; dagegen ließe sich reden über den Antrag Solingen, der nur will, daß dann, wenn

Wiederum eine Aenderung der Organisation vorgenommen wird, diese Punkte mitberücksichtigt werden. Dafür könnte ich mich allenfalls erwärmen. — Den Antrag Bremen möchte ich sehr warm befürworten. Es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß, nachdem wir nun eine einheitliche Organisation haben, in der männliche wie weibliche Mitglieder gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben, auch die Leitung eine einheitliche sein muß.

**Ulrich - Frankfurt:** Sachliche Gründe gegen die Anträge 11 und 12 hat mein Vorredner nicht vorgebracht. Ich möchte Sie dringend bitten, schon heute dazu überzugehen, das Geschäftsjahr am 31. März zu schließen. Den trefflichen Ausführungen des Dittmanns in dieser Beziehung kann ich mich nur anschließen. Es kommt auch darauf an, daß die Parteigenossen durch die dadurch ermöglichte frühere Fertigstellung vor dem Parteitag über die Parteiverhältnisse unterrichtet sind. Weiter möchte ich den Antrag Höchst unterstützen. Wir erfüllen damit eine Ehrenpflicht. Ich weiß nicht, welche Schwierigkeiten der Vorredner in der Ausführung dieses Antrages sieht.

**Ruffel - Leipzig:** Ich warne vor einer Verlegung des Geschäftsjahres. Erst im vorigen Jahre hat sich das Organisationskomitee des längeren und breiteren über diese Frage unterhalten und die damals gegen eine Verlegung vorgebrachten Gründe sind auch heute noch maßgebend. Man hat den 1. Juli hauptsächlich deshalb festgelegt, weil der Parteitag im Herbst stattfindet, und die Daten dann noch nicht veraltet sind. Ganz entschieden weise ich die Behauptung des Genossen Dittmann zurück, daß die größeren Kreise die Angaben zum 1. Juli gar nicht bringen können, sondern, daß sie meist Angaben aus dem dritten Quartal machen. Ich bin Leiter einer der größten Organisationen, wir haben zirka 25 000 Mitglieder, die Organisation ist auf föderativer Grundlage aufgebaut, sie besitzt 58 Ortsvereine, die ihre Abrechnungen an mich einreichen müssen, und es ist mir möglich gewesen, in diesem Jahre bis zum 6. Juli sämtliche Abrechnungen zu bekommen. Allerdings gehört ein großes Stück Erziehungsarbeit dazu, auch die kleinen Organisationen soweit zu bringen, daß sie präzise arbeiten. (Sehr richtig!) Die großen Kreisorganisationen können die nötigen Angaben natürlich nur machen, wenn sie die Unterlagen haben, aber das läßt sich sehr wohl dadurch erreichen, daß wir die Ortsvereine anhalten, schon 8 Tage vor dem 1. Juli abzuschließen. Der 1. April als Anfang des Geschäftsjahres empfiehlt sich auch deshalb nicht, weil das für Organisationen, für die Bauarbeiter in Frage kommen, ein sehr unglücklicher Termin ist, denn dann beginnt erst wieder die Arbeit, und wir haben dann mit Schwierigkeiten zu rechnen. Dazu kommt, daß der 1. April auch Umzugstermin ist. Ich erjuche Sie also, die Anträge 11 und 12 abzulehnen, gerade im Interesse derjenigen Organisationen, die erst auf Beschluß des vorjährigen Parteitages ihr Geschäftsjahr verlegt haben. (Sehr richtig!) Diese Organisationen würden ja aus der Umänderung gar nicht herauskommen und überhaupt keine stabilen Verhältnisse schaffen können. Desgleichen wende ich mich gegen Antrag 6; ob den Kranken und invaliden Mitgliedern die Beiträge erlassen oder ermäßigt werden sollen, darüber müssen die Organisationen selbst entscheiden. (Sehr richtig!) Aber darauf kommt es den Antragstellern ja gar nicht an, der Antrag will nur bezwecken, daß die Mitglieder dann nicht gezählt werden bei der Ablieferung an die Parteikasse. Wenn das geschieht, dann hat der Parteivorstand keine Kontrolle mehr darüber, wieviel zahlende Mitglieder in Frage kommen. Wir kommen ganz gut mit den bisherigen Bestimmungen aus und brauchen die notwendigen Grenzen nicht zu verwickeln. Ueber den Antrag 16 brauchen wir uns, wenn die Anträge 11 und 12 fallen, nicht mehr zu unterhalten, es könnte sich dann nur noch um eine Anregung an den Parteivorstand handeln, wenn es ihm möglich

ist, eventuell einen Teil seines Berichts früher herauszugeben. Das hängt natürlich von dem Termin der Einbringung der Berichte der Organisationen ab. Der Antrag 8 ist eine zwingende Notwendigkeit, das Frauenbureau ist ein Ueberbleibsel aus der früheren Organisationsform. Ich habe wiederholt mit Genossinnen gesprochen, die doch auch etwas verstehen, und da findet man oft einen Zwiespalt zwischen den von den Parteioorganisationen und den vom Frauenbureau arrangierten Veranstaltungen. Das würde vermieden werden, wenn wir eine einheitliche Leitung besäßen. Im Interesse der Organisation erlaube ich Sie, dem Antrage 8 zuzustimmen. (Bravo!)

Vorsitzender Dieß: Der Antrag 11 ist zurückgezogen. Ferner ist ein Antrag 83 eingegangen, der verlangt, daß die Parteikorrespondenz in je einem Exemplare auch den sozialdemokratischen Ortsvereinen aufgestellt werden soll. Wie mir der Parteivorstand erklärt, geschieht das heute schon.

Der Antrag 83 wird genügend unterstützt.

Westkamp-Düsseldorf: Ich bitte Sie, den Antrag 6 abzulehnen. Der Parteitag kann sich damit nicht beschäftigen, das ist Aufgabe der einzelnen Landesorganisationen, der Bezirksorganisationen. Für sie ist es eine Leichtfertigkeit, festzulegen, ob die invaliden Parteigenossen nach wie vor Beiträge zahlen sollen, oder ob sie ganz oder teilweise davon befreit werden sollen. Im Wahlkreise Düsseldorf haben wir es so gehalten, daß wir Parteigenossen, die krank sind, oder die wegen politischer Vergehen inhaftiert sind, von der Beitragszahlung befreit haben. Hinsichtlich der Invaliden-Parteigenossen haben wir keine besonderen Maßnahmen getroffen. Das müssen die einzelnen Organisationen besorgen, wenn die Frage an sie herantritt. Den Antrag 8 halte ich für selbstverständlich, nachdem wir eine geschlossene Organisation haben und nachdem die Genossinnen sich der politischen allgemeinen Organisation anschließen können. Die einzelnen Wahlkreise sind ja verpflichtet, bei der Zusammensetzung des Vorstandes die Genossinnen zu berücksichtigen und arbeiten mit Erfolg mit diesen zusammen. Was im Kleinen geschieht, muß auch im Großen möglich sein, also auch beim Parteivorstande. Ich bitte, dem Antrag 8 zuzustimmen und dafür zu sorgen, daß Einheitlichkeit geschaffen wird. Ich bitte, dem Antrag 16 zuzustimmen, damit bei einer späteren Revision des Organisationsstatuts die geäußerten Wünsche, besonders die Dittmanns, berücksichtigt werden können. Antrag 83 verlangt, daß die Parteikorrespondenz auch dem sozialdemokratischen Ortsverein überlassen wird, das halte ich für überflüssig. Es liegt in der Hand der Parteioorganisation, zu verlangen, wieviel Exemplare der „Parteikorrespondenz“ notwendig sind und wie sie verwendet werden sollen. Es ist Aufgabe der Parteioorganisation des Ortes, dafür zu sorgen, daß mit dem Material, das zur Verfügung gestellt wird, kein Unfug getrieben wird. Wie Sie aus dem Bericht des Parteivorstandes ersehen haben, haben wir neben der allgemeinen Organisation noch 2195 polnische Mitglieder. Ich halte diese Form der Organisation, daß wir eine besondere polnische Organisation in Deutschland haben, für ein Übel. Ein solches Zwitwending sollten wir nicht dulden. Der Parteivorstand muß dafür sorgen, daß diese Organisationsform von der Bildfläche verschwindet. Wir wollen eine einige sozialdemokratische Partei Deutschlands sein, da können wir nicht besondere Organisationsformen dulden. Soweit die polnischen Genossen Sozialdemokraten sein wollen, haben sie die Pflicht, sich der allgemeinen Organisation anzuschließen. Ich richte das Ersuchen an den Parteivorstand, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß diese Organisationsform verschwindet und wir nur eine einheitliche Organisation bekommen.

Es läuft ein Antrag ein, den Antrag 6 dahin zu ändern, daß er lautet: „Der Parteitag gibt den Wahlkreisen das Recht, statutarische Bestimmungen

dahin zu treffen, daß Parteimitglieder, welche im Sinne (statt: auf Grund) der Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes als dauernd invalide anerkannt sind usw.“

Dittmann-Solingen: Gegenüber den Ausführungen der Genossen Treu und Nyffel bleibe ich dabei, daß es nicht allen Parteioorganisationen möglich ist, so rechtzeitig die notwendigen Angaben an den Parteivorstand einzuschicken, daß dieser seinen Bericht zeitig genug herausgeben kann. Es ist natürlich sehr billig, wenn die Vertreter einzelner großer, leistungsfähiger Organisationen hier damit prunken, was sie alles leisten können. Wir müssen aber unsere Maßnahmen treffen für den Durchschnitt unserer Organisationen. Es handelt sich hier nicht um eine rein formale geschäftliche Sache, sondern darum, daß unsere Organisationen in die Lage versetzt werden müssen, das authentische Material des Parteivorstandes zur Hand zu haben, wenn sie sich mit dem Parteitag beschäftigen wollen. Gerade diejenigen, die davon reden, man müsse die Organisationen erziehen, müssen für unseren Antrag stimmen. Man kann nicht besser die Genossen zu eifrigerer Tätigkeit anspornen, als dadurch, daß man sie hinweist auf die Erfolge in anderen Bezirken, wie sie aus dem Geschäftsbericht zu ersehen sind. Ich glaube, daß in diesem Jahre in allen Wahlkreisorganisationen darüber geklagt worden ist, daß der Bericht des Vorstandes nicht vorlag. Dann soll man nun auch die Konsequenzen daraus ziehen. Ich bitte Sie darum dringend, dem Antrag Solingen zuzustimmen.

Damit schließt die Debatte.

Süßkind-Mannheim stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß er in Offenburg bei der Redezeit von 10 Minuten keine Zeit gehabt habe, die hingeworfene Bemerkung gegen den Genossen Adolf Geel zu begründen.

Hierauf tritt um 1 Uhr die Mittagspause ein.

### Nachmittagsfikung.

Vorsitzender Dieß: Unser Genosse Gerisch hat, seit er in Amtstätigkeit ist, sämtliche Parteitage besucht. Diesmal ist er durch Krankheit verhindert. Ich möchte Sie bitten, daß wir auch unserm alten treuen Genossen ein Telegramm schicken des Inhalts, daß der Parteitag ihn herzlich grüßen läßt und ihm baldige Genesung wünscht. (Lebhafter Beifall und allseitige Zustimmung.)

Von auswärtigen Vertretern ist noch eingetroffen: Franz Fischer aus Belgien.

Tausend ausgesperrte Arbeiterinnen und 7000 Arbeiter der Bleistiftindustrie in Rürnberg wünschen den Verhandlungen besten Erfolg.

Von Singer ist folgendes Telegramm angelangt:

„Herzlichsten Dank für den mich hocherfreuenden Beweis treu kameradschaftlicher Gesinnung. Meine heißesten Wünsche begleiten die Verhandlungen des Parteitages. Sie gipfeln in der festen Zuversicht, daß seine Beschlüsse den unüberbrücklichen Willen, die Einheitlichkeit der Parteikundgebungen, sowie die republikanischen Gesinnungen in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, aufs neue machtvoll bekräftigt werden. (Lebhafter Beifall.)  
Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten, und zwar in die Diskussion über die Anträge über Presse und Literatur.

Zu den Anträgen 24 und 23 wird beantragt, ihn dem Parteivorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Neukirch-Breslau: Ich habe den Antrag 5 zu begründen. Er will, daß wir uns eine neue Broschüre beschaffen. Nun wird mancher von Ihnen sagen:

Wozu brauchen wir bloß eine neue Agitationsbroschüre, wir haben alte und neue Broschüren genug, die dem Bedürfnis durchaus genügen. (Sehr richtig!) Die Breslauer Parteigenossen und der Antragsteller sind anderer Ansicht. Gewiß, wir haben eine Reihe sehr guter Broschüren, die wir vor vielen Jahren mit wahrem Fleiß herbeigeführt, an denen wir uns gebildet und emporgearbeitet haben. Aber inzwischen sind Jahrzehnte vergangen. Die Partei besteht nicht mehr aus dem kleinen Häufchen, das sie ehemals gewesen ist. Wir zählen allein an organisierten Anhängern mehr als 700 000, und wir wünschen, daß es bald Millionen sein mögen. Darum schadet es nichts, wenn auf dem Gebiet der Agitationsliteratur noch einige Neuerungen angebracht werden. Der Antragsteller ist unser Bibliothekar, der eine reiche Erfahrung hat und der der Meinung ist, daß tatsächlich eine Agitationsbroschüre fehlt, die so beschaffen sein muß, daß sie gern gelesen und von jedermann gern angenommen wird.

Der Antragsteller meint, man kann ihm wohl beipflichten, daß zwar ein großer Teil unserer Agitationsbroschüren inhaltlich sehr gut wäre und daß wir mit Freude daran denken, als wir sie zum ersten Male lasen, aber er sagt nicht mit Unrecht, daß diese Broschüren äußerlich ein mehr als kümmerliches Gepräge tragen. Nun heißt es ja, daß das Gute immer schließlich auftritt. Aber die Ausstattung eines Buches ist wie der Wecker, in dem uns der Wein kredenz wird. Und so wie es nicht gleichgültig ist, wie mir die Nahrung hingestellt wird, so ist es auch nicht gleichgültig, wie wir dem Volke die geistige Nahrung bieten. Deshalb ist es wohl angebracht, eine Broschüre, kurz gefaßt und gemeinverständlich für jedermann, herauszugeben, bei der in erster Reihe nicht vergessen werden sollen die äußeren Dinge, Papier, Druck, Einband und so fort. Hierin lassen unsere Agitationsbroschüren sehr viel vermissen, und gewiß wird manche nicht zuletzt aus diesem Grunde achtlos beiseite geworfen. Auch bei den Volkskalendern war man ja anfangs der Meinung, daß das Äußere nur recht beschreiben sein soll, damit die Kalender im Volke Eingang finden. Und doch haben wir diese Ansicht im Laufe der Jahre aufgegeben. Man hat angefangen, die Kalender äußerlich annehmbarer herzustellen. Nun wir doch diesen Fortschritt auch bei den Agitationsbroschüren. Wir führen mit Recht den Kampf gegen die Schundliteratur. Es ist aber wahrlich nicht zuletzt die manchmal raffinierte äußerliche Ausstattung der Schundliteratur, die ihr Verbreitung schafft. Gerade angesichts der kommenden Reichstagswahlen ist die Frage einer besseren Ausstattung unserer Schriften aktuell.

Frau Thiel-Leltow-Beestow: Wir stellen den Antrag 25 deshalb, weil eine Reihe von Lokaltättern gerade durch Modezeitungsausgaben oder Beilagen in Arbeiterkreisen Verbreitung finden. Schon deshalb abonnieren die Frauen diese Blätter, weil sie darin Hinweise finden, die Kleidung für sich und ihre Kinder billiger herzustellen. Was diese bürgerlichen Blätter können, das können wir auch. Ich bitte Sie, die Anträge 25 und 26 dem Parteivorstand zu überweisen, um Mittel und Wege zu schaffen, daß auch von uns eine Modezeitung herausgegeben wird, die sicherlich die Agitation unter den Arbeiterinnen fördern würde. Auch dem Vorschlag, eine derartige Beilage für die „Gleichheit“ zu schaffen, wäre die Verwirklichung zu wünschen.

Jubel begründet den Antrag 24. Nachdem eine Erweiterung des „Vorwärts“ durch Schaffung eines Abendblattes vorläufig auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen ist, wünschen die Genossen unseres Kreises und auch ein großer Teil der Berliner, daß wenigstens eine Montagsausgabe des „Vorwärts“ herausgegeben wird. Fast jede bürgerliche Zeitung in Berlin ist dem Bedürfnis ihres Leserkreises in dieser Beziehung entgegengekommen. Troßdem Berlin die Zentrale des politischen Lebens ist, müssen die Parteigenossen Berlins von Sonntag morgen bis Dienstag morgen warten, bis sie überhaupt

eine politische Nachricht, und mag sie noch so wichtig sein, erhalten. Der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei sollte doch in der Lage sein, dem Bedürfnis auch seines Leserkreises zu befriedigen. Es ist beantragt worden, diesen Antrag dem Parteivorstand und der Preßkommission zur Berücksichtigung zu überweisen. Oft dauert es aber sehr lange, bis eine Berücksichtigung zur Tat geworden ist. (Wannlich: Ich habe heute morgen das Gegenteil bewiesen!) Deshalb bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen, damit dieser Mißstand für Berlin endlich beseitigt wird.

Wolff-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag der Preßkommission und dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht etwa, damit er „beigegraben“ wird, sondern aus rein formellen Gründen. Uns scheint es nicht richtig und zulässig zu sein, daß solche Anträge über Neuordnungen des „Vorwärts“ ohne weiteres dem Parteitag vorgelegt werden, weil erst Vorberatungen der Aufsichtsinstanzen vorhergehen müssen. Die Entscheidung über eine solche Neuerrichtung des „Vorwärts“ ist nur möglich auf Grund sorgfältiger rechenmäßiger Unterlagen und solches Material für die Schaffung eines Montagsblattes hat beiden Instanzen bis jetzt noch nicht vorgelegen.

Röhrer-Ludwigshafen spricht für den Antrag 27. In verschiedenen Frauenversammlungen ist darüber Klage geführt worden, daß in verschiedenen Arbeiterfamilien noch bürgerliche Literatur zu finden ist. Unser Antrag will eine übel empfundene Lücke ausfüllen, um den Arbeiterfrauen entgegenzukommen. Wenn Sie nicht gleich eine Modezeitung gründen wollen, so nehmen Sie wenigstens den Antrag Ludwigshafen an, der „Gleichheit“ Schnittmusterbogen beizufügen.

Frau Jettin: Gestatten Sie mir einige Ausführungen zu den beiden Anträgen, welche in verschiedener Form im Wesen das gleiche begehren: nämlich, daß von Seiten der Partei ein Organ geschaffen wird, das den Charakter eines Modeblattes tragen soll. Ich begreife ganz gut die nicht nur bestehenden, sondern im Kern auch stichhaltigen Ausführungen, die zur Begründung der Anträge gemacht worden sind. Kein Zweifel, daß die von bürgerlichem Geist durchseuchten, sogenannten unparteiischen Modeblätter in einer gewissen Hinsicht ein Hindernis für das Eindringen der sozialistischen Literatur in die Kreise der noch indifferenten proletarischen Frauenwelt sind. Kein Zweifel auch, daß in breiten Kreisen des weiblichen Proletariats das praktische Bedürfnis sehr stark empfunden wird, einen berufstechnischen Ratgeber für die Herstellung von Wäsche und Kleidung in der Familie zur Seite zu haben. Es fragt sich aber, ob die hier vorgeschlagenen Wege praktikabel durchführbar sind und zum Ziele führen würden. Ich selbst war der Ausgestaltung der „Gleichheit“ in der geforderten Weise sympathisch gesinnt. Ich habe deshalb bereits vor längerer Zeit eine entsprechende Ausgestaltung der „Gleichheit“ angeregt und zusammen mit Fachleuten, deren Kompetenz nicht angezweifelt werden kann, sehr eingehende Vorberatungen über die Möglichkeit einer solchen Ausgestaltung gepflogen. Es gibt zwei Wege dazu: Wir können der „Gleichheit“ eine besondere Modebeilage begeben, aber dann müßten Umfang und Kosten so vergrößert werden, daß der Verbreitung des Blattes in den Kreisen des weiblichen Proletariats offensichtliche Hindernisse entgegengesetzt würden. Oder aber, wir behalten den jetzigen Umfang und den jetzigen Preis bei und schränken den übrigen Inhalt der „Gleichheit“ zugunsten der Modezeitungen nebst Text ein. Dem würde ich mich allerdings mit aller Entschiedenheit widersetzen. Die „Gleichheit“ hat im Interesse der politischen und gewerkschaftlichen Erziehung und Schulung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen so vielseitige Aufgaben zu erfüllen, daß wir schon bei dem jetzigen Umfang kaum allen Ansprüchen gerecht werden können. Wir sind ge-

zwungen, die Behandlung wichtiger Fragen zu verschieben, wertvolle Artikel von Nummer zu Nummer zurückzustellen, weil plötzlich auftauchende Probleme in politischer, gewerkschaftlicher oder genossenschaftlicher Hinsicht zu anderer Disposition zwingen. Aus diesem Grunde erschiene mir eine Beschränkung des Umfangs der „Gleichheit“ zugunsten einer solchen Beilage nicht ratsam. Sie würde zu einer Beschränkung des Inhalts werden, ich könnte die Neuerung mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Nun aber die andere Frage! Soll unter diesen Umständen bei der Bedeutung der Sache und den praktischen Folgen, die sie haben kann, nicht die Partei die Schaffung eines eigenen Rodeorgans in Erwägung ziehen? Mit Rücksicht auf die großen praktischen Schwierigkeiten, die dabei für sie zu überwinden wären, wenn die Frage wirklich in erfolgreicher und der Partei würdiger Weise gelöst werden soll, würde ich Ihnen empfehlen, sich hier nicht auf einen bindenden Beschluß festzulegen, sondern die ganze Angelegenheit zu einer ausgiebigen sachlichen Prüfung und Vorberatung den in Betracht kommenden Parteinstanzen zu überweisen. (Bravo!)

Limberg-Essen begründet den Antrag 32. Er verfolgt denselben Zweck wie der Antrag 34. Das zeigt schon, daß ein Bedürfnis dafür vorhanden ist, und daß auf diesem Gebiete noch mehr geleistet werden muß. Der Parteivorstand hat ja schon getan, was nach Lage der Dinge möglich war. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete sind groß. Es ist sehr schwer, geeignete Persönlichkeiten zur Bearbeitung der Materie zu finden. Aber es muß doch erwogen werden, ob nicht besonders der zweite Teil des Antrags erfüllt werden kann. Sehen wir uns doch unsere Gegner an, besonders das Zentrum. Es hat in der Verbreitung billiger für die Massen bestimmter Broschüren ein außerordentliches Geschick bewiesen. Das Zentrum war viel eher mit seinem Bericht über die Tätigkeit seiner Landtagsfraktion bei der Wahlrechtsvorlage zur Stelle als wir. Ob unser Antrag angenommen oder dem Parteivorstand überwiesen wird, kommt im Effekt auf dasselbe hinaus. Jedenfalls wünschen wir einige Spezialbroschüren.

Ludwig-Olvenski tritt für den Antrag 34 ein. Gewiß haben wir schon viel Broschüren, aber sie sind für die ländliche Bevölkerung zu kostspielig. Wir verlangen keine Broschüren, die für die kleinen Ortschaften geeignet sind. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden sicherlich die Gegner unsere Partei in jeder Weise beschmutzen. Die Führer können nicht in allen Versammlungen zugegen sein. Da ist es nützlich, wenn die Genossen sich durch kleine Broschüren informieren können, so daß sie den Gegnern entgegen treten können.

Westkamp-Düsseldorf: Ich habe den Antrag 29 zu begründen, wonach der „Neuen Welt“ eine landwirtschaftliche Beilage beigelegt ist, denn unsere Parteipresse findet immer mehr Eingang auf dem Lande. Auch die Industriearbeiter werden immer mehr von der Stadt aufs Land gedrängt infolge der Wohnungsverhältnisse. Jetzt sagen sie: die Parteipresse bringt zu wenig für unsere ländlichen Interessen, wir sind daher gezwungen, andere Blätter zu lesen, die mehr über Hauswirtschaft, Garten usw. bringen. Um diesen Ausreden entgegenzutreten, müssen wir auf landwirtschaftlichem Gebiete in unserer Presse etwas bieten. Das könnte am besten dadurch geschehen, daß wir die „Neue Welt“ ausbauen. Nun waren wir Düsseldorf der Ansicht, daß die „Neue Welt“ obligatorisch der gesamten Parteipresse beigelegt wird. Hier auf dem Parteitage bin ich aber anders belehrt worden. Ich habe erfahren, daß nur ein kleiner Teil der Presse die „Neue Welt“ beigelegt. Infolgedessen wird es schwer sein, unsere Wünsche zu erfüllen. Trotzdem bitten wir, unseren Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Béarab-Hamburg: Ich will nicht die Gründe meines Vorredners, der eine landwirtschaftliche Beilage eingeführt sehen will, verstehen, trotzdem bitte ich, den Antrag abzulehnen. Die Ansicht des Vorredners, daß die „Neue Welt“ nur von sehr wenig Parteiblättern obligatorisch eingeführt sei, ist irrig. Das Gegenteil ist der Fall, so daß die Auflage schon annähernd 500 000 beträgt. Daraus ersehen Sie, daß, wenn der „Neuen Welt“ noch eine Beilage beigelegt wird, die Kosten sehr erheblich wären. Die Abnehmer dürften kaum bereit sein, einen höheren Betrag dafür zu zahlen, meinen doch viele schon jetzt, daß der Preis für die „Neue Welt“ zu hoch sei. Sie werden übrigens bei aufmerksamer Verfolgung der „Neuen Welt“ gesehen haben, daß die Redaktion alle Wissensgebiete in das Reich der „Neuen Welt“ zu ziehen trachtet. Es wird gewiß auch möglich sein, der Landwirtschaft mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die „Neue Welt“ macht, wie ich schon früher einmal ausgeführt habe, alljährlich das ganz bedeutende Defizit von einigen 20 000 Mk. Wenn dieses im Bericht des Vorstands nicht erscheint, so deshalb, weil das Hamburger Geschäft dieses Defizit deckt. Da der Antrag also nicht durchführbar ist, bitte ich ihn abzulehnen.

Senke-Bremen: Der Antrag 4 enthält mehrere Forderungen, die eigentlich schon erfüllt sind. Wir haben überall diese darin berührten Thematika, Bücher oder Broschüren. Der Antrag will nun allerdings darüber hinaus eine außerordentlich starke Konzentration unserer Behandlung all dieser Gegenstände. Die Antragsteller wollen, daß gleichsam ein Extrakt der in Betracht kommenden Schriften auch in den Zeitungen wiedergegeben werde und daß die Genossen überall, wo sie die Agitation von Mund zu Mund betreiben, in der Werkstätte, im Freundeskreise, sich auf ganz bestimmte Tatsachen berufen können. Ich glaube wohl, daß der Antrag nummehr die Unterstützung der Parteigenossen in noch größerem Maße finden wird als bei der Unterstützungsfrage. Ob diese Unterstützung aber ausreichen wird, um ihm auch zur Annahme zu verhelfen, ist mir doch zweifelhaft. Ich beantrage daher, den Antrag 4 dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen und ich bin überzeugt, daß der Parteivorstand ihn dann auch berücksichtigen wird. — Zum Antrag Düsseldorf hätte ich zu bemerken, daß wir in einer großen Anzahl von Städten recht viele Arbeiter haben, die ihre Pausenstunden ausnutzen zu Gartenbau und Bergleichen, zumal wenn sie an der Peripherie der Städte wohnen. Es wären Tausende von Arbeitern, die als Leser und Interessenten des Blattes für Gartenbau in Betracht kämen. Es kann in diesem Blatte wohl etwas Besonderes geboten werden, ohne daß deshalb etwa eine Sonderbewegung unterstützt wird. Die Arbeiter verwenden ja manchmal ihre freie Zeit falsch, so daß dies nicht zum Besten unserer Bewegung ausschlägt. Wenn die Arbeiter sich nach Feierabend oder noch vor Beginn der Arbeit auf ihr Stückchen Land zur Arbeit begeben und auch den Sonntag dort zubringen, dann sind sie für diese Zeit der agitatorischen Arbeit entzogen. Sie können während dieser Zeit auch nicht durch Lesen sich weiterbilden, oder zu jenen Leistungen vorbereiten, die unsere Sache von ihnen verlangen muß. Es wäre das Beste, wenn die Arbeiter dem Zuge der Entwicklung gemäß vom Grund und Boden gänzlich losgelöst würden, wenn die Arbeiter von dieser ländlichen Arbeit überhaupt ließen. Aber ich habe mich überzeugt, daß eine ganze Menge von Beziehungen der Leute zu dieser Arbeit bestehen, daß sie viel Lust und Liebe dazu haben, vielleicht aus Liebe zur Natur, auch kommt der Wechsel der Beschäftigung dazu und der volle Nutzen, den sich die Leute herausrechnen — eine Reihe von Umständen, die schwerwiegender sind, als unsere Gründe dagegen, und so haben wir damit zu rechnen, daß auch weiterhin an der Peripherie der Städte die Grundbesitzer in den Arbeitern willige Mieter für ihre Parzellen finden und daß ihnen da-

durch eine Entnahme verschafft wird, die durch keinerlei Ernte-Risiko beeinträchtigt wird. Immerhin kann der Schaden, den uns diese Betätigung vieler Arbeiter zufügt, dadurch wieder wettgemacht werden, wenn uns diese Leute durch eine Spezialzeitung nähergebracht oder enger an uns gekettet werden. Man kann ihnen darin Ratsschläge für ihre Arbeit geben und kann außerdem Aufklärung über manche andere Dinge nebenher gehen lassen, die der Partei zum Vorteil gereichen müssen.

**Mittel-Leipzig:** Auf der Sächsischen Landeskonferenz, die kürzlich tagte, hat unser Landesvater Sindermann die bittersten Klagen gegen die Schrebervereiner und Sportvereiner erhoben und sämtliche Parteigenossen haben ihm darin beigeplättet, daß alle Arbeiter, die sich der Gartenkunst in den Schrebervereinen widmen, für die Parteiarbeit verloren sind. Und nun kommt plötzlich wieder dieser Antrag von Düsseldorf. Es kann doch nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, nebenbei auch noch die Gartenkultur zu betreiben. Die Leute, die dadurch von uns losgerissen werden, müssen wir näher heranziehen, nicht aber noch sie in ihren Sonderbestrebungen bestärken. Es wird ja nun schon in den Zeitungen veröffentlicht, wenn die Raninchen- und die Kanarienzüchter ihre Ausstellungen veranstalten. Am Ende kommt man gar noch damit, auch für diese eine eigene Zeitung zu verlangen. Wenn einzelne Landesteile solche Bestrebungen fördern wollen, dann ist das ihre Sache, aber als Modus darf dergleichen nicht hingestellt werden. Ich bitte entschieden, den Antrag von Düsseldorf abzulehnen. Wenn hingewiesen wird darauf, daß die bürgerlichen Blätter solche Bestrebungen fördern, dann sage ich, mit solchen Rädchen werden Sie die nicht gewinnen, die heute noch bürgerliche Blätter halten und lesen. Nur die Ausgestaltung der Parteipresse nach jeder Richtung hin kann dazu helfen. Die bürgerlichen Zeitungen haben ja schließlich auch hier und da Unfallversicherungen eingeführt. Da könnte man ja auch mit der Anregung kommen, diese nachzuahmen, und es ist ja auch schon ein Versuch dazu gemacht worden. Aber auf diesen Weg können wir uns nicht begeben. Was die Modezeitung anbelangt, so brauche ich nach den Ausführungen der Genossin Zeitlin nicht mehr einzugehen, und ich bitte, diese Anträge auf alle Fälle abzulehnen. Die Prekominmission der „Gleichheit“ wird die Aufgabe haben, Wege zu weisen, die die „Gleichheit“ auch für die Arbeiterfrauen noch interessanter macht, wenn dies nötig sein sollte.

Damit schließt die Diskussion.

**Psannsch (Schlußwort):** Es ist die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß der Geschäftsbericht des Parteivorstandes den Genossen zur Kritik nicht Gelegenheit geboten hat. Es ist daher wohl die Annahme gerechtfertigt, daß der Parteitag mit der Geschäftsführung des Parteivorstandes im letzten Jahre einverstanden gewesen ist. Ich bin aber genötigt, ein paar Bemerkungen, die bei der Verhandlung der Anträge gefallen sind, richtigzustellen. Genosse Westkamp aus Düsseldorf hat sein Bestreben darüber ausgedrückt, daß wir in Deutschland eine besondere polnische Organisation haben. Er hat das mit einem ziemlich krassen Ausdruck für ein Übel erklärt und hat gemeint, innerhalb der deutschen Sozialdemokratie sei kein Raum für andere Nationalitäten. So ist die Sache seither von der Parteileitung nicht aufgefaßt worden. Wir haben der polnischen P. P. S. in den Verhandlungen seinerzeit dieselbe Selbständigkeit zugestanden, wie sie andere Landesorganisationen haben. Sie gehört als Glied der deutschen Organisation an und ihre Organisation muß sich mit der der deutschen Partei decken. An der Sache etwas zu ändern, liegt unseres Erachtens im Augenblick kein Anlaß vor. Es ist bis jetzt möglich gewesen, ein gutes Einvernehmen zwischen den polnischen und deutschen Genossen

durchzuführen, und es wird auch in der Folgezeit möglich sein, etwa auftretende Differenzen durch offene Aussprache zu begleichen.

Was der Antrag 83 will, ist schon Praxis in der Partei. Der Antrag ist also überflüssig. Einzelmitgliedern ist auch bisher schon die „Partei-Korrespondenz“ geliefert worden, insofern als die Parteioorganisation die darauf bezüglichen Anträge der Ortsvereine geprüft und dem Parteivorstand dann zur Ausführung überwiesen hat.

Was die Anregung Rhfells anbetrifft, die Anträge zum Parteitag früher herauszugeben, haben wir gleich bei Einberufung des Parteitages die Genossen darauf hingewiesen, bis zu welchem Termin die Anträge eingereicht werden müßten, um rechtzeitig veröffentlicht werden zu können. Die Tatsache, daß Sie heute noch wieder 18 Anträge gedruckt vorgelegt bekommen haben, beweist, wie wenig die Parteigenossen dieser Aufforderung des Parteivorstandes nachgekommen sind. Es ist also Sache der Parteigenossen, die Veröffentlichungen des Parteivorstandes mehr zu beachten.

Gegen den Antrag 6 müssen wir uns erklären, abgleich er von philanthropischer Absicht getragen ist, weil die Redner recht haben, die betont haben, daß das, was der Antrag wünscht, Sache der Kreisorganisationen sei.

Als ich den Antrag 8 las, fragte ich mich, was denn eigentlich für Divergenzen zwischen dem Frauenbureau und dem Parteivorstand bestehen. Die einzige Divergenz ist die, daß das Frauenbureau nicht in den Räumen des Parteivorstandes untergebracht worden ist. Es befindet sich aber auch in der Lindenstraße; eine andere Divergenz hat nie zwischen dem Frauenbureau und dem Parteivorstand bestanden, kann ja auch gar nicht bestehen. Ein Mitglied des Frauenbureaus, Frau Riez, ist auch Mitglied des Parteivorstandes, nimmt an allen Sitzungen des Parteivorstandes teil, und wenn sie auch mal mit ihren Ansichten in der Minderheit bleibt, so würde sich das auch nicht ändern, wenn das Frauenbureau, statt Lindenstraße 3, Lindenstraße 69 wäre. (Heiterkeit.) Und außerdem besteht auch telephonische Verbindung, so daß Mißverständnisse in der einen oder anderen Sache leicht behoben werden können. Ich ersuche Sie aber, im Interesse der Agitation unter den Frauen, doch das Frauenbureau bestehen zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn man von einer Divergenz reden könnte, so wäre es die, daß neben der Gleichberechtigung, die die weiblichen Mitglieder der Partei mit den Parteigenossen heute vollständig haben, in bezug auf die Agitation die Ansprüche der weiblichen Parteigenossen über das Maß der Gleichberechtigung hinausgegangen sind. Ansprüche, die auch von seiten des Vorstandes, weil man die Eigenart der Agitation unter den Frauen berücksichtigt, in den meisten Fällen als berechtigt anerkannt worden sind.

Wenn Divergenzen bestanden haben sollten, so können das nur persönliche Divergenzen der Genossin Gesehr gewesen sein, über die ja schon die Kontrollkommission berichtet hat. Mit deren Bescheid hat sich der Parteivorstand nicht einverstanden erklärt. Der Parteivorstand hat Protest erhoben und am 18. November vorigen Jahres unter anderem an die Kontrollkommission geschrieben: „Jedenfalls waren wir auf Grund unserer gründlichen Untersuchung nicht in der Lage, ein für die Genossin Gesehr günstiges Urteil zu fällen als das vom 20. September. Da die Kontrollkommission unserer Beschluß sachlich aufrechterhält, werden wir gegen ihre Entscheidung keine Berufung einlegen.“ — Die Sache war für uns damit abgetan, weil wir sie nicht für so wichtig hielten, sie zur weiteren Erörterung und Entscheidung an die Parteikonferenzen zu bringen. Wir sind der Meinung eines Mitgliedes der Kontrollkommission, daß diese Verwaltungsangelegenheit schon zuviel Zeit

der beteiligten Instanzen in Anspruch genommen hat, die im Interesse der Partei hätte nützlicher verwendet werden können. Das ist auch heute noch die Auffassung des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit. Namens des Parteivorstandes kann ich erklären, daß es uns durchaus erfreut, daß Sie durch Nichtüben einer Kritik an der Tätigkeit des Parteivorstandes mit dessen Bestätigung Ihr Einverständnis betundet haben. (Beifall.)

**Obert (Schlußwort):** Ich möchte in der Hauptsache einige Ausführungen gegen den Antrag 16 machen, der eine Verlegung des Geschäftsjahres verlangt. Der Vorschlag ist nicht neu, er ist bereits im vergangenen Jahre, als wir uns mit der Aenderung des Organisationsstatuts zu beschäftigen hatten, gemacht, und insbesondere war es Dittmann, der ihn in der Organisationskommission mit großer Entschiedenheit vertreten hat. Damals hat Dittmann geltend gemacht, daß die Organisationen nicht in der Lage wären, so rechtzeitig die Berichte an den Parteivorstand zu liefern, wie es das Organisationsstatut verlangt. In der Kommission des Leipziger Parteitagessatz sah eine ganze Anzahl Genossen, die praktisch in der Verwaltung stehen, Parteisekretäre, die doch am ersten geeignet sind, diese Streitfrage zu entscheiden. Die große Mehrheit der Kommission war der Meinung, daß es bei dieser Bestimmung sehr wohl sein Vermenden haben könne. Wir haben auch später auf einer Konferenz der Landesvorstände, auf der ebenfalls wieder eine große Anzahl Organisationspraktiker vertreten waren, die Frage eingehend erörtert und auch da kam man einmütig zu der Auffassung, daß die Bestimmung des gegenwärtigen Organisationsstatuts durchaus ausführbar sei. Mittlerweile hat auch die Erfahrung bewiesen, daß diese Auffassung richtig ist, die Berichterstattung der Wahlkreisorganisationen ist von Jahr zu Jahr besser, gewissenhafter und prompter geworden. Gerade im letzten Jahre ist die Berichterstattung im großen ganzen einwandfrei und rechtzeitig erfolgt. Dittmann hat nun heute gesagt, daß viele Organisationen den Abschluß des ersten Quartals, nicht aber den des zweiten ihrer Berichterstattung zugrunde legen. Ich kann mit Bestimmtheit versichern, daß diese Auffassung falsch ist, und alle Genossen auf der Verwaltung werden mir das bestätigen. (Sehr richtig!) Unsere Berichte sind in der Tat erfolgt nach Abschluß des zweiten Quartals, unsere Einrichtung hat sich also im Allgemeinen bewährt. Und wenn trotzdem die Berichterstattung einiger Bezirke noch zu wünschen übrigläßt, so liegt das nicht an den Einrichtungen, sondern daran, daß diese Bezirke noch nicht die nötigen organisatorischen Vorbereitungen für eine ordentliche Berichterstattung getroffen haben, und daß sie es an der erforderlichen Energie fehlen lassen. Die Genossen Rhyfel und Dreu, die sich gegen die Auffassung von Dittmann gewandt haben, sind Sekretäre von zwei der größten Wahlkreisorganisationen. Nun sagt Dittmann, bei den großen Kreisen mag das stimmen, aber nicht bei den Durchschnittskreisen. Auch diese Behauptung ist unrichtig. Ich könnte gerade aus der Art der erfolgten Berichterstattung nachweisen, daß Bezirke mit Durchschnittswahlkreisen in der Berichterstattung geradezu musterfüllig waren. Einige derartige Bezirksorganisationen haben bereits am 1. Juli, am Tage nach dem Abschluß, ihre Berichte an den Parteivorstand schicken können. Ich glaube also, daß sich unsere Einrichtung bewährt hat und daß auch Dittmann sich endlich beruhigen könnte. Nun hat Dittmann weiter als Argument geltend gemacht, unser Bericht erscheine zu spät, die Organisationen hätten nicht genug Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. (Sehr richtig!) Nein, der Bericht erscheint 7 Wochen vor dem Parteitag, er kann Anfang August unter allen Umständen durch die Presse den Genossen übermittelt werden. Wenn einige Organisationen auch schon vorher zum Parteitag Stellung genommen haben, so nimmt doch die große Masse erst nachher dazu Stellung, aber selbst wenn

einige Organisationen den Bericht bei der Stellungnahme nicht in allen Einzelheiten vor sich haben, so haben die Delegierten doch wahrlich ausreichend Zeit, das Material gründlich zu prüfen und die Interessen und Wünsche ihrer Auftraggeber geltend zu machen. Es sind aber auch große praktische Bedenken gegen die Verlegung geltend zu machen. Ende März und Anfang April befinden sich unsere Organisationen meist in angestrengter Agitationsarbeit, die Parlamente tagen und veranlassen unsere Organisationen sehr oft zu Aktionen, sie nehmen auch meist die Parteileitung sehr in Anspruch. Es bleibt dann nicht die genügende Ruhe und Zeit zum Abschluß der Geschäfte und zur rechtzeitigen Berichterstattung. Da ist es viel besser, wenn wir die Sommermonate nehmen, wo die Parlamente nicht tagen und die Agitationsarbeit der Partei nicht so groß ist wie im April. Dann möchte ich aber doch dringend bitten, nachdem fast alle Wahlkreisorganisationen, alle Landesorganisationen und vor allem auch die Parteigeschäfte sich den Bestimmungen unseres Organisationsstatuts angepaßt und das Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni eingerichtet haben, nun nicht schon wieder eine Aenderung herbeizuführen, denn sonst laufen wir Gefahr, daß die Beschlüsse des Parteitagessatz, wenn sie so schwankend und so raschen Aenderungen unterworfen sind, nicht ernst genug genommen werden. (Sehr richtig!) Dittmann sagt freilich, es handle sich nur darum, daß der Parteitag den Wunsch ausspricht, daß sein Antrag bei der nächsten Revision des Organisationsstatuts berücksichtigt wird. Ja, man weiß doch nicht, wann wir zur Revision kommen, ob in vier, fünf oder sechs Jahren, und da braucht doch wahrlich nicht der heutige Parteitag Wünsche zur Beschlüßfassung zu bringen. Kommen wir zur Revision des Organisationsstatuts, dann werden alle Wünsche geprüft und allen Organisationen wird ausreichend Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche darzulegen. Ich bitte also um Ablehnung des Antrages 16.

Noch einige Worte zu den Anträgen zur Presse. Ich bin damit einverstanden, daß die Anträge den Instanzen zur Prüfung überwiesen werden, nur möchte ich zu einigen Anträgen noch etwas sagen und einen von der Ueberweisung ausgeschlossen haben. Die Anträge 32 und 34 verlangen die Herausgabe von besonderen Agitationschriften und Handbüchern über wichtige Fragen der Gesetzgebung. Beides erfolgt heute schon. Wir haben eine kleine Serie von Agitationschriften herausgegeben, in der alle wichtigen Fragen speziell und einzeln behandelt werden sollen. Die Broschüren sind so gehalten, daß sie zur Massenverbreitung geeignet sind, sie umfassen einen Druckbogen und werden möglichst billig an die Organisation abgegeben. Die Parteileitung ist bestrebt, die Zahl dieser Broschüren möglichst zu vermehren, wir handeln also ganz im Sinne des Antrages. Was den zweiten Teil betrifft, der die Herausgabe von Handbüchern über die Finanzreform, die Wahlrechtsfrage, die Reichsversicherungsreform und anderes wünscht, so ist das Handbuch über die Finanzreform bereits erschienen, es ist eine außerordentlich gründliche und brauchbare Arbeit, die unseren Genossen bei der Agitation gute Dienste leisten wird. Das Handbuch über die Wahlrechtsfrage ist den Delegierten des Parteitagessatz heute übergeben worden, das Handbuch über die Reichsversicherungsordnung ist in Arbeit. Wir werden alle Phasen der Entwicklung der Vorlage durch unsere Kommissionsmitglieder im Reichstage verfolgen lassen und möglichst schnell nach Abschluß der Reform das Handbuch herausgeben, das die Stellung der Parteien zu allen wichtigen Fragen schildert. Also ich glaube, daß der Parteivorstand nach der Richtung hin heute bereits alles tut, was nötig ist. Im übrigen haben wir gegen eine Ueberweisung des Antrages nichts einzumenden, es kann geprüft werden, ob in dieser Hinsicht noch mehr gesehen kann.

Den Antrag 20, der wünscht, daß der „Neuen Welt“ eine Art landwirtschaftliche Beilage beigegeben werden soll, bitte ich abzulehnen. Eine solche Beilage würde gar nicht den Aufgaben und dem literarischen Charakter der „Neuen Welt“ entsprechen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist Sache der Tagespresse. Würden wir die „Neue Welt“ damit belasten, so würde ihr Preis so erhöht werden müssen, daß ihr Bestand überhaupt gefährdet wird. Lehnen Sie den Antrag ab und überweisen Sie alle anderen Anträge dem Parteivorstande zur Prüfung. Dem Genossen Jubeil gegenüber möchte ich erklären, daß der Parteivorstand selbstverständlich alle Anträge sorgfältig und objektiv prüft. (Beifall.)

**Raben (Schlußwort):** Ich habe mich in meinem Referat möglichst kurz gefaßt, um die kostbare Zeit des Parteitages nicht stärker in Anspruch zu nehmen. Nun ist aber Genosse Pfannkuch näher auf den Fall Gewehr eingegangen, so daß ich gezwungen bin, mich nochmals dazu zu äußern. Wohl ist es richtig, daß der Parteivorstand ein Schreiben an die Kontrollkommission, worin er erklärt, daß er sich unjermem Urteil in dieser Angelegenheit nicht anschließen kann, er wolle aber auf diesen Fall nicht weiter eingehen und die Sache aus sich beruhen lassen. Wie liegt nun die Sache für die Kontrollkommission? Wir haben alle Akten des Falles einer genauen Prüfung unterzogen, auch den Bericht des Parteivorstandes an die Kontrollkommission. In der letzten Sitzung hat nun die Kontrollkommission dazu erklärt: Nach längerer Diskussion beschließt die Kontrollkommission, dem Parteivorstand mitzuteilen, daß sie auch nach Kenntnisnahme des zweiten Briefes keine Veranlassung hat, von der, dem gefaßten Beschluß untergelegten Beurteilung des Falles abzugehen. Der Parteivorstand hat sich diesem Beschlusse gefügt. Die Kontrollkommission hat sich, da die Sache schon längst erledigt war, ebenfalls mit der Sache abgefunden. Ich glaube in meinem Referate darüber hinweggehen zu können, daß diese kleine Differenz zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission bestanden hat. Ich bedauere, daß Pfannkuch die Sache angeschnitten hat.

**Genossin Gewehr (zur persönlichen Bemerkung):** Angesichts der unerwarteten Äußerung des Genossen Pfannkuch betreffend meine Angelegenheit sehe ich mich verpflichtet, folgende Erklärung abzugeben: Erstens, es erscheint mir sehr befremdlich, daß der Referent des Parteivorstandes Äußerungen, die für die persönliche Ehre einer Genossin und Delegierten des Parteitages so schwer kränkend ist, im Schlußwort vorbringt, also in einer Form, der gegenüber der Angegriffene völlig wehrlos ist. Zweitens, gegenüber der Erklärung des Genossen Pfannkuch, daß der Parteivorstand von einer Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission abgesehen habe, weil die Angelegenheit ihm nicht wichtig genug erschien, muß ich bemerken, daß die Ehre einer Genossin, wenn sie auch nur ein bescheidener Soldat aus der großen Armee der Partei ist, durchaus keine so gering zu schätzende Sache ist. Eine Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission stand nicht nur dem Parteivorstand, sondern auch mir zu. Wenn ich jedoch von einer Berufung abgesehen habe, so geschah es im Interesse der Partei, um die höchste Instanz, den Parteitag, nicht mit unerquicklichen Angelegenheiten persönlichen Charakters zu behelligen und weil mir die Kontrollkommission in moralischer Hinsicht volle Genugtuung gewährt hatte. Ich muß um so mehr den Angriff des Genossen Pfannkuch in seinem Schlußwort zurückweisen, der mich in unerwarteter Weise dafür straft, daß ich meine persönlichen Interessen hinter Rücksichten auf das Parteiinteresse gestellt habe.

**Pfannkuch:** Ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß es mir nicht im Traume eingefallen ist, die persönliche Ehre der Genossin Gewehr anzulasten. Ich habe weiter nichts getan, als den schriftlichen Verkehr der Kon-

tralkommission in dieser Sache, soweit es dem Parteivorstand nützlich und notwendig erschien, darzustellen. Auch der Parteivorstand hat genau so wie die Genossin Gewehr an den Darlegungen des Genossen Raben nicht das Geringste mehr anzufügen. Auch wir sind damit zufrieden.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge zu Organisation.

Der Antrag von 21 Genossen, die Angelegenheit G. e. d. S. ü. f. i. n. d. an die Beschwerdekommision zu überweisen, wird vom Vorsitzenden Diez als angenommen erklärt. Dagegen protestiert ein Teil der Versammlung mit dem Rufe: Gegenprobe!

**Vorsitzender Diez:** Das Bureau ist einig darüber, daß die große Mehrheit für den Antrag war, da das Bureau einig ist, können wir eine Gegenprobe nicht mehr vornehmen.

Die Anträge 6, 8, 16 und 18 werden dem Parteivorstand überwiesen, ebenso Antrag 83. (Pfannkuch: Das ist ja heute schon Praxis!) Nun folgt die Abstimmung über die Anträge zu Presse und Literatur. Dem Vorstand zur Prüfung überwiesen werden die Anträge 24, 25 und 26, 32, 33, 4, 5, während die Anträge 27, 29 und 30 und 34 abgelehnt werden.

**Vorsitzender Diez:** Es wäre jetzt die hadische Budgetbewilligung zu behandeln, da aber unser Genosse Webel noch nicht wieder so frisch ist, wie es seinerseits und von seiten aller Genossen zu wünschen wäre, hat er gebeten, diesen Punkt auf morgen früh zu verschieben. Ich schlage Ihnen vor, jetzt den Punkt 7, Maifeier, in Verhandlung zu ziehen. Der Parteitag stimmt widerspruchlos zu.

Punkt 7:

Maifeier.

**Berichterstatter Parteisekretär Müller:** Seitdem im Jahre 1889 der Internationale Sozialistenkongress in Paris die Maifeier beschlossen hat, haben wir uns alljährlich auf unseren deutschen Parteikongressen mit dieser Frage beschäftigt. So sehr auch im einzelnen oft die Anschauungen über die Form der Maifeier auseinander gingen, so sehr waren wir doch jedes Jahr in dem Wunsche einig, daß die Maifeier an Ausdehnung gewinnen möchte, und daß vor allem mit dem Erstarken der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auch die Maifeier und besonders ihre würdigste Form, die Arbeitsruhe, eine wachsende Beteiligung finden möchte. Wir haben in unserem Bericht bereits festgestellt, daß die Maifeier in diesem Jahre eine ganz außerordentliche Beteiligung gefunden hat. Es waren mehrere Momente hierfür maßgebend. In erster Linie war die politische Situation in diesem Jahre ganz besonders geeignet, die Maifeier zu fördern. Wir haben die Maifeier im Zeichen der Wahlrechtskämpfe in Preußen, in Braunschweig, in Bremen und anderen Bundesstaaten gefeiert. Der Parteivorstand hat vor dem 1. Mai auch einen besonderen Aufruf herausgegeben, in welchem er die Organisationen auch in Süddeutschland auffordert, sich mit der Maifeier zu beschäftigen, um dadurch die Wahlrechtsmaifeier der preussischen Genossen zu unterstützen. Aber, Parteigenossen, wir dürfen nicht täuschen. Neben diesem politischen Moment war auch noch ein anderes Moment für die besondere Ausdehnung der diesjährigen Maifeier maßgebend, nämlich die Tatsache, daß in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Sonntag fiel. (Sehr richtig!) Das ermöglichte, daß Schichten des Proletariats, die in anderen Jahren nicht dazu in der Lage sind, in diesem Jahre ebenfalls den 1. Mai feiern konnten. Diese besonders starke Beteiligung an der Sonntagsmatfeier hat dazu geführt, daß wieder einige Stimmen laut wurden, die beantragten, daß in Zukunft die Maifeier